

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,40 M.  
(davon 25 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Beitragung 4,20 M. einschließlich 60 Pf.  
Postgebühren und 72 Pf. Postbestel-  
gebühren. Auslandsbestellung 6,— M.  
pro Monat; für Länder mit unabhän-  
gigem Postfachverkehr 6,— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage  
„Wolk und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einzeln. Kopiergebühr 80 Pf.  
Kleinanzeigen 5.— M. „Kleine An-  
zeigen“ das selbstdruckte Wort 2) Pf.  
(schlief zwei selbstdruckte Worte), jedes  
weitere Wort 12 Pf. Kabart u. Zart.  
Stellengeluche das erste Wort 15 Pf.,  
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über  
1) Buchstaben zahlen für zwei Worte.  
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-  
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochen-  
täglich von 8—, bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Abänderung nicht genehmter Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. B. u. Dis.-Gef., Depostenk., Jerusalemstr. 65-66.

# Niederlage der Harzburger.

### Mehrheit von 25 Stimmen gegen Hitler-Hugenberg. — Die Harzburger flüchten vor Fürstenrentenabbau und Arbeitslosenhilfe. — Reichstagsmehrheit für Schutz der Arbeiterrechte.

Die vereinigten Mißtrauensanträge gegen das zweite Kabinett Brüning wurden in der gestrigen Sitzung des Reichstags mit 295 Stimmen gegen 270 Stimmen abgelehnt. Drei Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten.

Abgelehnt wurden ferner die Mißtrauensanträge gegen die Minister Grewer, Schiele und Stegerwald, der Antrag auf Auflösung des Reichstags und der Antrag auf Aufhebung aller Notverordnungen.

Nach diesen Abstimmungen erklärten die Nationalsozialisten und Deutschnationalen, daß sie den Reichstag verlassen, da sie kein Interesse mehr an seinen Beratungen hätten.

Die sozialdemokratischen Anträge zum Schutz des Tarifrechts und zur zusätzlichen Winterhilfe für die Erwerbslosen wurden von einer Mehrheit des gesamten Reichstags angenommen.

Der Reichstag hat sich bis zum 23. Februar vertagt.

Der Ansturm des Faschismus ist abgeschlagen. Mit 25 Stimmen Mehrheit sind die nationalsozialistisch-kommunistisch-deutschnationalen Mißtrauensanträge gegen die Regierung abgelehnt worden. Die geschlagenen Parteien der Harzburger haben nach der Niederlage die Flucht ergriffen, sie haben abermals den Reichstag verlassen mit der Erklärung, daß sie an den Beratungen kein Interesse mehr hätten.

Dieser Ausgang zeigt noch einmal, worum es gegangen ist. Die Inflationen- und Katastrophenfront wollte ihren Marsch auf Berlin unternehmen. Sie wollte Brüning stürzen, um freie Bahn für die Errichtung der nackten Diktatur der Scharfmacher über das arbeitende Volk zu haben. Sie wollte die Macht, nichts als die Macht, um sie gegen das Volk zu mißbrauchen. Diese Abstimmung sollte der legale Putz der Faschisten werden, der den Staatsstreich nach sich ziehen sollte!

Dieser Putz ist abgeschlagen! Das ist der Sinn dieser Abstimmung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in vollster Geschlossenheit und Einmütigkeit dafür Sorge getragen, daß die Front der Harzburger nicht ans Ziel gelangte. Sie hat damit nicht das Vertrauen für die Regierung Brüning und ihre Politik ausgesprochen, sondern das schärfste Mißtrauen gegen das, was nach dem Sturze der Regierung Brüning gekommen wäre.

Parlamentarisch bleibt der Faschismus weit vom Ziel. Rechnet man von den 270 Oppositionsstimmen die 78 Kommunisten und die 6 Mitglieder der Rosenfeld-Gruppe ab, so bleiben unter Berücksichtigung von fehlenden Abgeordneten höchstens 190 Stimmen für den Willen zum Faschismus übrig, also nur etwa ein Drittel des Deutschen Reichstages. Eine parlamentarische und außerparlamentarische Gefahr bedeutet der Faschismus nur, weil die Kommunisten und neuerdings die kleine sozialistische Splintergruppe ihre Stimmen mit dem Faschismus gegen den Staat vereinen!

Nach den Abstimmungen, die die Niederlage der Harzburger besiegelten, kam ein dramatischer Augenblick. Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen erklärten, wie damals am 10. Februar, ihren Auszug aus dem Parlament. Sie hätten der Regierung kein Ende bereiten können und darum setzten sie ihre parlamentarische Tätigkeit nicht fort. Für die Sozialdemokratie nahm daraufhin der Abgeordnete Sellmann das Wort, um vor dem Lande festzustellen, daß der Auszug der Nationalsozialisten lediglich eine Flucht vor den sozialdemokratischen Anträgen sei. Die Nationalsozialisten wagten nicht, für die Aufrechterhaltung des Tarifrechts

## Die Sozialdemokratie erreichte:

### Schutz des Tarifrechts. — Zusätzliche Winterhilfe für die Erwerbslosen!

Im Reichstag hat die Sozialdemokratie bei den Abstimmungen über die Anträge zwei große Erfolge zu verzeichnen. Eine Mehrheit des ganzen Reichstags hat die folgenden beiden sozialdemokratischen Anträge angenommen:

#### Schutz des Tarifrechts.

Der Reichstag verlangt von der Reichsregierung:

„Alle Pläne und Forderungen auf Beseitigung oder Auslöschung des Tarifrechts abzulehnen; insbesondere sind die Angriffe auf die Unabhängigkeit des Tarifrechts abzuwehren.“

#### Winterhilfe für die Erwerbslosen.

Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, zum Schutze der nothleidenden Bevölkerung gegen Hunger und Kälte eine Winterhilfe nach folgenden Gesichtspunkten durchzuführen:

1. Die Winterhilfe ist eine zusätzliche Naturalhilfe für alle Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung, und zwar für die Zeit vom 1. November 1931 bis zum 31. März 1932. Sie besteht in der Belieferung mit Kartoffeln und Kohle.

2. Die Naturalhilfe darf nicht zu einer Minderung der Geldunterstützung führen.

3. Die Naturalhilfe soll umfassen:

a) Kartoffeln, 1,5 Zentner pro Kopf der zum Haushalt des Unterstützungsberechtigten gehörenden Personen,

b) Kohle, 20 Zentner für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt.

4. Die Kohlenindikatoren sind zu verpflichten, die Kohlen zu Preisen zu liefern, die nicht über dem Durchschnitt der jeweiligen Exporterlöse liegen.

5. Die Beschaffung von Kartoffeln soll in der Weise erfolgen, daß der Kartoffelmarkt entlastet wird und die Verluste bei der Reichsmonopolverwaltung für Wein möglichst verringert werden.“

Schließlich ist der sozialdemokratische Gesetzentwurf, der die Aufhebung der augenblicklich geltenden Entschädigungen an Fürsten und standesherrliche Familien fordert, in erster Lesung erledigt. Der zweiten Lesung widersprach aber Graf Westarp, so daß nach der Geschäftsordnung die zweite Lesung nicht mehr stattfinden konnte.

und für eine Neuregelung der Fürstenabfindungen zu stimmen. Darum diese Flucht aus dem Parlament. Hatte doch schon Fried in seiner ersten Erklärung zur politischen Debatte auf alle außenpolitischen Forderungen der Nationalsozialisten verzichtet.

Mit diesem Auszug war bei dem zurückgebliebenen Teil des Reichstages — über 400 von 577 Abgeordneten — eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit entstanden, mit deren Hilfe in erster Lesung das von den Sozialdemokraten eingebrachte Gesetz über die Neugestaltung der Fürstenabfindungen erledigt und ein kommunistischer Entschließungsantrag über die Streichung des Panzerkreuzers B angenommen wurden.

Die nationalsozialistische Fraktion hat sich der verantwortlichen Entscheidung über die Neuregelung der Fürstenabfindung durch die Flucht entzogen. Sie hat es nicht gewagt, ihre Bindung an die soziale Reaktion und an die Monarchisten durch offene Abstimmung einzugehen. Aber vieler Art der Feigheit rettet sie nicht, er ist ebenlo ein Schuld spruch gegen sie, wie es die offene parlamentarische Abstimmung gewesen wäre!

Als es galt, die wirklichen Forderungen des Volkes zu vertreten, sind die Nationalsozialisten gescheitert!

Es waren die wirklichen Forderungen des arbeitenden Volkes, der großen Mehrheit des ganzen deutschen Volkes, die nun im Reichstag beraten und durchgesetzt wurden! Jetzt ging es um die großen sozialdemokratischen Anträge: Schutz des Tarifrechts, zusätzliche Winterhilfe für die Erwerbslosen durch Zuteilung von Kartoffeln und Kohle.

Bei der Entscheidung über diese Anträge hat die Front der Sozialreaktionäre von Harzburg ihre schwerste Niederlage erlitten! Die Abstimmung über beide sozialdemokratischen Anträge hat ergeben, daß in diesem Reichstag eine feste Front für die Verteidigung der Arbeiterrechte gegen sozialreaktionäre Anschläge besteht, eine Mehrheit des Reichstags, auch gegen die Stimmen der Harzburger Parteien.

Der Antrag zum Schutze des Tarifrechts wurde mit 319 gegen 80 Stimmen angenommen, der Antrag für die Winterhilfe mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der SAP, der Kommunisten, der Christlich-Sozialen und eines großen Teils

des Zentrums, also ebenfalls von einer Mehrheit aller Reichstagsabgeordneten!

Das ist die Antwort auf den Ansturm der sozialen Reaktion!

Wir stellen vor dem ganzen Volke fest, daß die Nationalsozialisten, die in Harzburg gemeinsame Sache mit den Scharfmachern gegen die Arbeiterschaft gemacht haben, vor dieser großen Entscheidung geflohen sind, um ihre arbeiterfeindliche Haltung nicht durch eine Abstimmung selbst an den Pranger zu stellen! Sie wollten den Forderungen des ganzen arbeitenden Volkes nicht zustimmen, sie durften ihnen nicht zustimmen, weil sie die Prätorianer der Scharfmacher sind!

Mit der Annahme dieser beiden Anträge ist eine grundsätzliche Entscheidung über den Kurs, der in diesem Winter eingeschlagen werden soll, durch den Reichstag gefallen. Eine Mehrheit des Reichstags hat die Regierung Brüning toleriert, eine noch stärkere Mehrheit des ganzen Reichstags aber fordert von ihr Schutz des Tarifrechts und Winterhilfe für die Erwerbslosen.

Der Reichstag hat damit einen positiven Willen ausgesprochen. Die Reichsregierung wird sich diesem Willen nicht entziehen können! Es steht dahinter der Wille der Mehrheit des Reichstags, es steht dahinter der Wille der gesamten Arbeiterschaft, der Wille der Mehrheit des Volkes. Wir fordern, daß die Reichsregierung an dieser Kursentscheidung festhält, daß sie diesen Mehrheitswillen respektiert!

Der Vorstoß der Sozialreaktionäre von Harzburg hat eine Einheitsfront der Gewerkschaften aller Richtungen zur Verteidigung der Arbeiterrechte zusammengeschweißt! Diese Front hat den Sturz Brünings verhindert. Wäre es nicht gelungen, so wäre keine Möglichkeit mehr gewesen, den Mehrheitswillen zum Schutze der Arbeiterrechte festzustellen. Sozialdemokratische Taktik hat diese Möglichkeit herbeigeführt, sozialdemokratische Taktik hat den positiven Erfolg über die Sozialreaktion ermöglicht!

Eine erste Schlacht gegen den Faschismus ist geschlagen. Jetzt heißt es weiterkämpfen! Die Sozialdemokratie ruft dem ganzen arbeitenden Volke zu: Her zu uns zum Kampfe gegen die soziale Reaktion!



# Die entscheidende Reichstagsfikung.

Am Reichstag sprach am gestrigen Nachmittag nach der mit großem Stimmaufwand vorgebrachten Rede des Kommunisten Dr. Neubauer

**Abg. Mollath (Wirtschp.).** Er verliest zunächst eine Erklärung, wonach heute die Sparmaßnahmen durchgeführt werden, die versprochen worden seien, als die Wirtschaftspartei sie vorschlug. Dieselben Leute, die so gespottet hätten, seien nicht die Männer des Vertrauens der Jugend und derer, die einen gründlichen Wandel fordern. Da wir aber nicht die unbedingte Sicherheit sehen, daß eine solche Regierung zum Gelingen führt, und da einem Versagen der nationalen Opposition als Regierung das Chaos folgen würde, weshalb ja auch die Kommunisten dafür stimmen; da wir auf unsere vielen Fragen von den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten eine volle Klarheit nicht erhalten haben, ohne das Zentrum die nationale Front nur eine Minderheitsregierung wäre, sind wir gegen dieses System. In unverbrüchlicher Treue vertrauen wir auf den Herrn Reichspräsidenten, und im Vertrauen auf die Zusage des Reichszanzlers, daß eine grundsätzliche Veränderung in der Politik gegen den Mittelstand eintritt,

werden wir dieses Kabinett tolerieren.

Gegen den Vorwurf des Deutschnationalen v. Studendorff, daß die Wirtschaftspartei ihre Stimmen verkaufe — was Präsident Hildebrandt sofort gerügt hatte — setzt sich der Redner mit großer Entrüstung zur Wehr. Dann zollt er Hitler, mit dem er gesprochen habe, die hohe Achtung vor einer unbedingten Leberzeugung! Den höhnennden Faschisten hält er sehr bemerkt vor, welches Opfer die Wirtschaftspartei mit ihrer Haltung bringe. Er appelliert im Interesse künftiger Bundesgenossenschaft an den Anstand der Faschisten, erntet aber nur Schimpf und Spott. — Die als so genial gepriesenen Konzerne haben sich als Kollise auf tönernen Füßen erwiesen; insofern ist es ein Zusammenbruch des Kapitalismus. Auch wir verlangen, daß man uns die vaterländischen Motive nicht abspricht.

Die Nationalsozialisten verlassen jetzt den Saal, weil

## Reichszanzler Dr. Brüning

das Wort ergreift. Er erklärt sich einverstanden mit der Beratung der Änderungsanträge in einem Ausschuss und führt dann aus: Wir wollen, daß nicht die Kammern zerstört werden, die unser Wirtschafts- und Finanzgebäude zusammenhalten. Eine andere Gesamtlösung ist in der Debatte der Regierung von keinem Parteiredner den Regierungsvorschlägen entgegengesetzt worden. Ich danke allen Rednern, auch dem Sprecher der Nationalsozialisten, für die Bornehmtheit, mit der sie die Polemik gegen mich in der Reichstagsdebatte geführt haben. Wenn diese Besserung der politischen Methoden auch in den Parteiverfassungen der kleinsten Dritte Platz greifen würde, dann würden manche Maßnahmen überflüssig sein, die wir nicht zu unserer Freude in die Notverordnung aufnehmen mußten.

Es ist keine Freude, der Presse Zwangsaufträge zu machen, und ich wünschte den Tag herbei, wo es durch freiwillige Selbstkontrolle der Presse möglich sein würde, darauf zu verzichten.

Enttäuscht hat mich die Erklärung der Landvolkspartei, die trotz aller Liebenswürdigkeit mit der Mißtrauenskundgebung gegen die Regierung schloß. Ich kann es vom Standpunkt eines Freundes der Landwirtschaft aus nicht verstehen, daß man so vorgeht gegen jemand, der immer auch in der Konsumtenbewegung mutig für die Landwirtschaft eingetreten ist. Das ist ein ganz historischer Fehler vom Standpunkt der Landwirtschaft aus. (Beifall.) Die Notlage der Landwirtschaft ist zum großen Teil auf die gesunkene Kaufkraft der Konsumenten zurückzuführen. Ohne das Vertrauen der Massen in die Maßnahmen der Regierung wäre es uns nicht gelungen, die schwere Fährten zu überwinden. Wir haben uns — das erwidere ich Herrn Dingeldey — bemüht, die Arbeiter und Arbeitnehmer zusammenzuführen auf einer mittleren Linie. (Rufe bei den Komm.: Hungerlinie!) Nein, nicht auf einer Hungerlinie, denn diese Linie würde letzten Endes durch die kommunistische Politik erreicht werden.

So aber geht es nicht, daß mitten in diese Verhandlungen hinein aufgeregte Kräfte wirtschaftlicher Spitzenorganisationen hineinplätzen, die sofort zwei sich widersprechende Fronten herbeiführen.

Das ist ja die Aufgabe dieses von Parteien abhängigen Kabinetts, gemeinsam mit dem Wirtschaftsbeirat alles zu tun, damit nicht in diesem Notwinter das deutsche Volk in zwei feindliche Heerlager gespalten ist.

Herr Dr. Dingeldey hat gefragt, warum ich in den letzten Monaten nicht in Verhörungen gesprochen habe. Ich habe es nicht getan, weil ich sonst vielleicht mit zu großer Schärfe mich hätte wenden müssen gegen die Intrigen und gegen

die gehässige Politik, mit der gegen mich persönlich vorgegangen worden ist. (Lebh.: hört, hört! — Anhaltende Bewegung.) Der Württembergische Verband hat bereits wieder eine Aktion in Gang gesetzt wie im Kriege gegen Bethmann Hollweg. Ich habe einfach nicht Zeit genug, um mich zu wehren gegen die täglichen Angriffe, die in obstruktionellen Blättern gegen mich gerichtet werden. Ich habe einen keuschen Glauben an den edlen Charakter des deutschen Volkes, als diese infamen Streifen. (Lebh. Zusf.)

Bei dem Kampf der einen Seite dieses Hauses gegen die andere ist es leider nicht möglich, die Volksgemeinschaft in ihrem politischen Ausdruck herbeizuführen, die wir in dieser historischen Stunde des deutschen Volkes haben müssen.

Ich halte es für unmöglich, einen Weg zu gehen, der uns über diesen schmerzlichen Winter hinwegführen soll, der von vornherein eine geschlossene Front gegen die Arbeiterklasse bedeutet.

Wer das glaubt, wird in kurzer Zeit versagen. Aber hinter dem Versagen steckt diesmal etwas anderes. (Hört, hört! in der Mitte. Sehr wohl! bei den Kommunisten.) Da es auf diesem Wege nicht möglich ist, so bin ich zu der Überzeugung gekommen, ein Kabinett zu bilden, das an sich von jedermann in seinen Maßnahmen und in seinem Programm akzeptiert werden könnte, denn die Linie, die gegangen werden muß, wenn Deutschland gerettet werden soll, wird doch immer eine Linie des Ausgleichs und nicht der Unterdrückung nach der einen oder anderen Seite sein. Ich mußte daher die parteipolitische Basis dieses Kabinetts verengen und gleichzeitig dem Herrn Reichspräsidenten vorschlagen, einen Wirtschaftsbeirat zu bilden. Wenn man glaubt, in diesen schwierigsten außenpolitischen Zeiten einen Wechsel in der Regierung vornehmen zu können, dann muß ich etwas sagen, was ich aus eigener bitterer Erfahrung habe lernen gelernt:

Jedes neue Kabinett mit einer anderen Etikette hat zunächst für einige Zeit mit härtestem Mißtrauen im Auslande zu kämpfen. Wir können keine Zeit verlieren.

Nehmen wir einmal den theoretischen Fall einer Rechtsregierung. Wenn sie den Weg, der zur Freiheit führen muß, gehen will, so wird sie den Weg forsaken müssen, den wir gegangen sind. (Sehr richtig!) Aber

Es wird dem Ausland gegenüber erst Erklärungen abgeben müssen. Die die bisherigen Regierungen nicht abzugeben brauchten.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Damit ich nicht mißverstanden werde: Ich habe kein Wort von einer Kapitulationserklärung einer solchen Rechtsregierung gesprochen und glaube, daß es überhaupt keine Partei in diesem Hause gibt, die jemals eine derartige Erklärung abgeben wird. Wie will man die Anschauungen inner-

## Nur sechs fehlende Abgeordnete.

### Wie die Fraktionen stimmten.

Bei der entscheidenden Abstimmung haben für die Mißtrauensanträge gestimmt:

Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten und die Rosenfeld-Szendewitz-Gruppe geschlossen. Ferner das Landvolk bis auf die Abgeordneten Schlange-Schöningen und Dorsch-Hessen, die Volkspartei mit Ausnahme der Abgeordneten Dr. Kahl, Glahel, Thiel, Dr. Kallio, Dr. von Kardorff, Dr. Moldenhauer und Dr. Schneider.

Enthalten haben sich die drei Deutsch-Hannoveraner.

Der Reichstag wies bei den Abstimmungen eine Befehung auf, wie sie noch nicht dagewesen ist. Von den 577 Abgeordneten sind 571 anwesend gewesen, nur 6 haben gefehlt. Die Fehlenden waren bei den Sozialdemokraten der preussische Ministerpräsident Dr. Braun, bei den Kommunisten die Abgeordneten Maddalene und Kreuzburg, bei der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Curtius und Dauch und bei der Wirtschaftspartei der Parteivorzorgende Dr. Bredt. In allen diesen Fällen lagen Krankheit oder andere unüberwindbare Hindernisse vor. Die Fraktionen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, des Zentrums, der Christlichsozialen, der Bayerischen Volkspartei, des Land-

volks und der Staatspartei waren bis auf den letzten Mann erschienen. Enthaltend haben sich bei der Abstimmung die drei Deutsch-Hannoveraner. Bei der Deutschen Volkspartei haben fünf Abgeordnete gegen die Mißtrauensanträge gestimmt, und zwar die Abgeordneten Dr. Kahl, Glahel, Thiel, Dr. Kallio und Dr. v. Kardorff. Die Abgeordneten Dr. Moldenhauer und Dr. Schneider-Dresden haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Landvolk hat bis auf die Abgeordneten Schlange-Schöningen und Dorsch-Hessen für die Mißtrauensanträge gestimmt. Der Abgeordnete Dorsch hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Die Wirtschaftspartei hat geschlossen gegen die Mißtrauensanträge gestimmt.

## Das wahre Programm der Volkspartei.

### Liquidierung der Kommunalbetriebe gefordert.

Im Preussischen Landtag hat die Deutsche Volkspartei einen Antrag eingebracht, in dem das Staatsministerium erlucht wird, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 zur Sicherung der Haushalte der Länder und Gemeinden anzuordnen, daß alle Gemeinden und Gemeindeverbände unverzüglich ihre wirtschaftlichen Betriebe zu liquidieren haben, soweit sie nicht der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas und elektrischem Strom oder einem unabwiesbaren Verkehrsbedürfnis dienen.

halb einer Rechtsregierung auf einen Kenner bringen? Man soll doch wenigstens einmal klar erklären, was man will. (Sehr richtig!) Ich habe noch nicht die Möglichkeit gehabt, den offenen Brief Hitlers an mich selbst ganz durchzulesen. Das bedeutet keine Kritik. Ich werde ihn durchlesen. Aber auf ein paar angestrichene Stellen dieses Briefes möchte ich eingehen. Hitler sagt, wenn auch nur vorübergehend eine Sanierung gelungen wäre, hätte niemand an die Revision des Young-Plans gedacht. In dieser Auffassung liegt ein grundsätzlicher Fehler. Ich habe nicht mit einer Revision des Young-Plans angefangen, sondern

es war zunächst meine Aufgabe, unter bitteren Opfern des deutschen Volkes ein absolutes finanzielles Gleichgewicht zu schaffen, um überhaupt darin leben zu können.

Wir sind die erste Regierung gewesen, die aus eigener Kraft und nicht aus Anleihen erfüllt hat. (Unruhe bei den Kommunisten.) Es zeigte sich dabei, daß es so mit den Reparationen nicht geht. Entweder gibt man uns das Geld, um es in Reparationen wieder zurückzugeben — und das hat auch einmal ein Ende — oder man gibt uns die Freiheit, die Reparationen mit einem riesigen Ausfuhrüberschuß zu bezahlen, und auch das können die Völker nicht vertragen. Trotz aller Unpopulartät mußten wir den Mut haben, unseren Weg zu gehen. Wenn man an das Erfüllen ohne ausländische Kreditbriefe geht, so wird sich zeigen, daß es nicht möglich ist, in dieser Form und Höhe Reparationen zu bezahlen. Ich glaube, daß diese Methode, die gewählt wurde, um eine Aufklärung der Welt über die mitleidige Lage Deutschlands zu schaffen, wirksamer war als manche Forderung der Parteien.

Denkschriften und Reden werden die Welt nicht von der Notlage Deutschlands überzeugen.

Es überzeugt allein, wenn eine Regierung den Mut hat, ihre Karten aufzudecken und nicht zu sagen, daß sie mit allem Aufsehen mit einem Schläge brechen will. Diese unsere Methode ist nicht neu, sie ist von den besiegten Völkern immer wieder benutzt worden, um zum Erfolg zu kommen. Wenn Hitler mutig genug ist, mir die nationale Gesinnung nicht abzuspülen, so frage ich, was hindert dann vier Fünftel dieses Hauses, sich einmal zu entschließen, für ein paar Monate die Parteipolitik beiseite zu lassen und nur darüber zu reden, wie das Vaterland gerettet werden kann, um endlich Glück und Freiheit zu schaffen. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen der Regierungsparteien.)

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) behauptet zur Freude der wieder einmündigten Faschisten, das Verdienen der Regierung Brüning und die Wiederherstellung des Reichstages würde zum Chaos führen. (Gelächter links.) Sind in den letzten Nächten nicht genug Schüsse in Berlin gefallen? Brüning ist nicht Deutschland. (Unruhe — Jurufe links: Und Schmidt nicht einmal Hannover! Große Heiterkeit.) In propädeutischem Stahelmann schließt er mit der Ankündigung, auf diese Periode der Schwäche werde ein hartes Deutschland folgen. (Beifall rechts. — Sitzten in der Mitte und links.)

Abg. Dr. Rosenfeld (SHP.) (äußerst rechts mit unartikulierten Lauten empfangen) spricht gegen die Tolerierungspolitik der SPD, und polemisiert gegen den „Bormarsch“. Der Redner kündigt an, daß seine Freunde für die Mißtrauensanträge stimmen.

Abg. Strathmann (Christl.) wiederholt unter schärfster Kritik des Hafenzuschwindels, wegen der Faschisten sich schreiend auflehnend, daß diese eine Klarheit über ihre Pläne geben, man ihnen daher nicht zur Nacht verhelfen dürfe. Den Bolschewismus bezeichnet der Redner als eine im Grunde religiöse Bewegung, die denn auch nur auf höherer oder auch tiefer Ebene bekämpft werden könne.

### Abg. Solmann (Soz.):

Unser Antrag Nr. 1181, der die Reichsregierung erucht, Bläne und Forderungen auf Beseitigung und Ausbählung des Tarifrechts abzulehnen, ist so wichtig, daß wir für ihn die sofortige Abstimmung im Plenum beantragen. Wir beantragen weiter die sofortige Abstimmung über unseren Antrag Nr. 1190, der eine zusätzliche Winterhilfe fordert. Beide Anträge sind so eilig und dringend, daß auf Ausbählungen nicht gewartet werden kann.

Wir beantragen ferner, unseren Antrag Nr. 1189, der die Neuregelung der Fürstenabfindung ermöglichen soll, ohne Ausbählung sofort zur Abstimmung zu bringen. Dieser Antrag bedarf im Gegensatz zu vielen anderen der vorliegenden Anträge keiner Ausbählung, denn er enthält keine neue materielle Regelung der Fürstenabfindung durch das Reich. Unser Antrag spricht lediglich eine Ermächtigung für die Länderregierungen aus, die bisher zustande gekommenen oder noch schwebenden Auseinandersetzungen mit ehemaligen Fürstenthümern oder standesherrlichen Familien neu zu regeln und zwar unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage der Länder und weitester Volkskreise. Unser Antrag will ferner die Länderregierungen ermächtigen, bis zu dieser Neuregelung der Fürstenabfindung alle Zahlungen und sonstige Leistungen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der standesherrlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen. Der Reichstag sät also keinen materiell bindenden Beschluß, sondern gibt den Ländern nur neue Möglichkeiten zur Regelung dieser Vermögensfrage.

Für die Dringlichkeit unseres Antrages spricht unter anderem das Urteil, durch das am 29. September dieses Jahres das Oberlandesgericht in Rostock zugunsten der ehemaligen Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz und ihrer Töchter Prinzessin Marie zu Lippe-Lippe und Prinzessin Milha von Montenegro Millionenvermögen zugesprochen hat.

Nach diesem Urteil muß der Freistaat Mecklenburg zahlen: 1. an die Prinzessin Marie zu Lippe 161 300 Mark und 8 Prozent Zinsen seit

dem 15. Juli 1925; 2. an die Prinzessin Milha von Montenegro 500 000 Mark mit 8 Prozent Zinsen seit dem 15. Juli 1925; 3. 1 Million Mark mit 8 Prozent Zinsen seit dem 15. Juli 1925. Dieses Urteil in einer Zeit, die von Millionen unserer Volksgenossen das Opfer bitterster Not verlangt, hat allgemeine Empörung hervorgerufen. Es ist die Pflicht des Deutschen Reichstages, den Ländern die Möglichkeit zu geben, endlich auf dem Gebiete der Fürstenabfindung Recht zu schaffen, wie es ein Volk in Not fordern muß. (Lebhafter Beifall der Soz.)

Abg. Kling-Schwaben (Bayer. Vp.) erklärt, daß seine Gruppe die Mißtrauensanträge ablehnt, ohne der Regierung Vertrauen und Billigung auszusprechen.

Abg. Meyer-Hannover (D.-Hann.) wird mit seinen Leuten gegen die Mißtrauensanträge stimmen.

Abg. Haag (Württ. Württemberg. Vp.) befürwortet einen Antrag zugunsten seiner Berufsgenossen. — Damit ist die Debatte beendet. Es folgen

## Die Abstimmungen.

Die Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett werden mit 295 gegen 270 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Es haben also nur 10 Abgeordnete gefehlt, bei den Sozialdemokraten nur der erkrankte Genosse Otto Braun.

Das mit ungeheurer Spannung erwartete Ergebnis wird von der äußersten Rechten mit einigen Schmährufen aufgenommen, die durch lebhaftes Händeklatschen des Zentrums erstickt werden.

Es folgen die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister. Berber erklärt

Abg. Dr. Leicht (Bayer. Vp.): Um die soeben vollzogene Abstimmung zu beeinflussen, sind protestantischen Mitgliedern des Hauses anonyme Zettel zugestellt worden, wonach ich im Dezember v. J. hier die Entsetzung des protestantischen Christentums als eine Sünde vor 400 Jahren bezeichnet haben soll, die an allem Unglück in Deutschland schuld sei. (Entrüstungsrufe in der Mitte.) Selbst vor solchen gemeinen Lügen schreckt man also nicht zurück! (Rufe in der Mitte.)

Die Abg. Dingeldey (Bp.) und Döbrich (Landvolk) erklären, daß ihre Fraktionen soeben ihre Stellung zur Regierung gekennzeichnet haben, lehnen sie ab, kommunistischen Demonstrationsanträgen als Staffage zu dienen.

Der Mißtrauensantrag gegen den Reichsinnen- und Wehrminister Groener mit 321 gegen 234 Stimmen bei 16 Enthaltungen, der gleiche Antrag gegen den Ernährungsminister Schiele mit 377 gegen 233 bei 16 Enthaltungen, gegen den Arbeitsminister Stegerwald mit 326 gegen 235 Stimmen, immer mit 16 Enthaltungen werden abgelehnt, ebenso die weiteren faschistisch-kommunistischen Anträge auf Auflösung des Reichstages und auf Aufhebung aller oder bestimmter Notverordnungen.

Zu dem Faschistenantrag, alle Notverordnungen aufzuheben, hatte

Abg. Torgler (Komm.) erklärt, damit würden zwar auch die Verordnungen gegen die Kapitalfindung usw. beseitigt, aber Notverordnungen seien überhaupt unvermeidlich, nur das Parlament dürfe Befehle machen, und die erlassenen Bestimmungen seien auch ganz unzureichend.

Sofort sich die Kommunisten einmal mit gewöhnlicher statt der bei diesen Parlamentsfeinden besonders beliebten namentlichen Abstimmung begnügen, macht das knappe Mehrheitsverhältnis die zeitraubende Ausbählung durch Hammelfprung erforderlich.

Zu einem solchen Aufhebungsantrag erklärt

Abg. Dr. Leicht (Bayer. Vp.), daß sie von den weiteren Verhandlungen über die in die Länderhoheit eingreifenden Bestimmungen ihre endgültige Stellungnahme abhängig machen und sich darum der Stimme enthalten. — Diese 20 Enthaltungen verhindern jedoch nicht die Ablehnung.

## Sie laufen wieder davon!

Vor den weiteren Abstimmungen erklärt zur Geschäftsordnung Abg. Dr. Fried (Soz.), daß die Nazifraktion, weil sie die Regierung nicht kürzen konnte, den Reichstag wieder verlassen (Beifall — Lärm der Kommunisten, Echo der Nazis) und draußen weiter gehen werde. — Die aus der Landvolkfraktion ausgeschlossene Gruppe Wendhausen schließt sich dem Auszug an.

Abg. Dr. Leicht (Bayer. Vp.) teilt mit, daß nach seiner Feststellung der Obernazi Münchmeyer die verkleumderten Zettel verbreitet hat, über die Dr. Leicht schon vorher gesprochen hat.

Abg. Gollheller (Dnat.) schließt sich der Ausmarschankündigung Frieds an, die darauf unter lebhaftem Beifall der Mitte und heftigen Zurufen der Kommunisten in Vollzug gesetzt wird.

Abg. Torgler (Komm.): Die Faschisten fliehen vor unseren Anträgen gegen Erfüllungspolitik und für die Erwerbslosen. Nieder mit dieser Youngpartei!

### Abg. Solmann (Soz.):

Der Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen wird niemandem überraschen. Schon die Erklärung Frieds bei Beginn



# Treuebekenntnis der Funktionäre.

## Die politische Situation und die Sozialdemokratie.

In dem bis auf den Balkon herauf gefüllten Saal der „Neuen Welt“ versammelten sich gestern die Funktionäre der Berliner Sozialdemokratie zu einer Versammlung, die sich zu einer Vertrauenskundgebung für die Politik der Partei gestaltete. Genosse Breitscheid sprach über das Thema:

### „Die politische Situation und die Sozialdemokratie“

Ich muß mich kurz fassen, weil die Dinge stärker sind als mein Wille, der mich treibt, zu den Berliner Funktionären zu sprechen. Zwei Ereignisse seien vorausgeschickt: die Ablehnung der Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning mit 25 Stimmen Mehrheit, und der neue Auszug der „nationalen Opposition“ aus dem Reichstag. (Stürmischer Beifall.) Es liegt für uns kein Anlaß zum Triumphgeschrei vor. Wir freuen uns nicht über den Sieg Brünings, aber wir dürfen uns freuen über die Niederlage der „nationalen Opposition“. Wir haben Brüning kein Vertrauen ausgesprochen, aber wir haben den

### Männern um Hitler und Hugenberg unser Mißtrauen

klar und deutlich bekundet. So ist die heutige Abstimmung zu verstehen. Es ging uns darum, unter allen Umständen einen Sieg der Faschisten zu verhindern. Wir können es nicht verantworten, daß die Arbeiterklasse faschistische Experimente durchmachen soll. Diese Gefahr, die bestand, mußte durch uns abgewendet werden. Wenn wir diese Taktik üben, so ist das nicht ein Zeichen unserer Schwäche, sondern unserer Stärke. (Lebhafte Beifall.) Diese Kraftprobe ist uns nicht leicht gefallen. Wir wissen sehr wohl, daß in einer Zeit wie der gegenwärtigen der Arbeitslose vor allem zum Radikalismus drängt, und wir haben wohl erwartet, daß mancher kein Verständnis für unsere Taktik aufbringen würde. Im Dienste der Arbeiterklasse mußten wir alle derartigen Erwägungen zurückstellen. Wir duldeten Brüning, obwohl es uns propagandistisch angenehmer gewesen wäre, gegen Brüning den offenen Kampf zu führen. Propagandistische Vorteile dürfen für uns nicht ausschlaggebend sein.

### Wir müssen die Zukunft der Arbeiterbewegung sichern.

Der nationalsozialistische Gegner wollte die Staatsform der Republik, der Demokratie und des Parlamentarismus durch mussolinistische Methoden ersetzen. Dem galt unser Kampf. Wir haben, daß die Nationalsozialisten ein verschwommenes und unklares Programm hatten. Außenpolitisch operierten die Nationalsozialisten vor dem 14. September nach der Weise: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“. Ein Hinweis auf die Verteidigungspolitik hätte neue internationale Verwicklungen herbeigeführt, und an dieser tödlichen Folge hätte auch ein nachträgliches Bekenntnis der Rechtsradikalen zur politischen Vernunft nichts geändert.

Weil wir derartige Unvernunft nicht zur Macht kommen lassen wollten, tolerierten wir. Man fragt uns: Was hilft das alles? Warum stimmt ihr Dingen zu, die euch zuwider sind? Was erreicht ihr?

Wir erreichen, daß, wenn auch augenblicklich durch die uns keineswegs angenehme Notverordnungspolitik das Parlament in weitgehender Weise ausgeschaltet ist, doch die Grundlage einer gesunden Fortentwicklung, die Demokratie und der Parlamentarismus erhalten bleiben. Das Parlament von heute, in dem drei Parteien, die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten den Parlamentarismus ablehnen, ist nicht arbeitsfähig. Die Politik der Notverordnungen ist aus politischem Notstand geboren. Was aber an den Notverordnungen unerträglich ist,

das sind wir mit Erfolg zu beseitigen bemüht gewesen. (Lebhafter Beifall.) Unseren Wünschen entspricht diese Politik nicht. Sie entspricht aber der notwendigen Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeiterklasse.

Durch unsere Politik haben wir die Nationalsozialisten gezwungen, sich als

### Verbündete und Sklaven der Industrie und der Großgrazier

zu enthüllen. Das haben gerade die letzten Tage gezeigt. Wozu die Nachläufer mißbraucht sind, das sehen sie vielleicht im Augenblick noch nicht. Unsere Aufgabe ist, es ihnen zu zeigen. Hitler ist den Weg gegangen, den wir vorausahnen. Er schloß sich den Fürgerlichen, den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei an. Bevor das zweite Kabinett Brüning gebildet wurde, sind

im Büro des Reichspräsidenten Walschörbe von Briefen gelangt, in denen stand, daß Brüning nur ein Gewerkschaftssekretär sei und daß ein Kabinett mit der Tendenz nach ganz rechts gebildet werden müsse.

Uns ist ein Kabinett mit einem Zentrumskanzler lieber als ein Kabinett der sogenannten Wirtschaftsführer, die auf der ganzen Linie verfolgt haben. Die Bankkontrolle und die Änderung des Aktienrechts, die uns Sozialisten keineswegs genügen, haben die Bankiers und den sogenannten Wirtschaftsführern den Anstoß gegeben, gegen das Kabinett Brüning zu kämpfen. Das Wenige, das durch die Sozialdemokratie erreicht wurde, hat ausgereicht, den schärfsten Widerstand der Kapitalisten gegen Brüning wahrzunehmen!

### Wir müssen den Sturm auf das Tarifrecht, auf das Schlichtungswesen und auf das Gesamtgebiet der Sozialpolitik und der Sozialversicherung abwehren. (Lebhafte Beifall.)

Wir müssen einer Nationalisierung ohne Sinn und Bestand zu wehren versuchen. (Ermüdete Zustimmung.) Diese Aufgabe können wir nur erfüllen, wenn wir ein Kabinett der Harzburger Reaktion verhindern. Bei einem solchen Kabinett wäre vor allem von einem Tarifrecht ganz bestimmt nicht mehr die Rede. Jede Gleichberechtigung der Arbeiterklasse wäre dahin. (Lebhafte Zustimmung.) Des weitern bedeutete der Sieg dieser Schichten eine Erneuerung der Inflation. Neue Inflation bedeutet Verarmung der wirtschaftlich schwachen Kreise, bedeutet niederträchtigen Lohnraub. (Lebhafte

Beifall.) Weil wir gegen Harzburg sind, haben wir Sozialdemokraten gegen die Mißtrauensanträge, die sich gegen das Kabinett Brüning richten, unsere Stimme abgegeben.

### Wir wollen keine neue Inflation, keinen Lohnraub, keine Verschlechterung des Tarifrechts. (Anh. Beifall.)

Und wenn einmal doch eine Regierung der Reaktion kommen sollte, dann soll niemand der Sozialdemokratie die Verantwortung zuschieben dürfen, diese Herrschaft herbeigeführt zu haben. (Starke Zustimmung.)

Die Kommunisten treiben Katastrophenpolitik. Jeder Schritt auf dem Wege kommunistischer Politik ist Verrat an der Arbeiterklasse. Deshalb gehen wir diesen Weg nicht.

Aber wir sehen in dem Ergebnis des heutigen Tages keinen Grund, uns auf erworbenen Lorbeeren auszuruhen. Der Kampf gegen die soziale Reaktion muß fortgesetzt werden. Die Erkenntnis, daß die große Krankheit der Welt der Kapitalismus ist, muß weiter verbreitet werden. Der Sozialismus kommt nicht über Nacht. Er muß errungen werden.

Wenn im Kaiserhof, bei der Versammlung der Reaktionäre, von den zwei Fronten der Arbeitgeber und der Gewerkschaften gesprochen worden ist, so muß diese Bekenntnis der Reaktion gerade der Arbeiterklasse beigebracht werden. Deshalb dürfen wir heute nicht die Hände zu den übrigen Gewerkschaften und vor allem nicht zu den christlichen Gewerkschaften zerreißen. (Lebhafte Zustimmung.)

Jede neue Abspaltung aber in der Front der Arbeiter unterwühlt und schwächt die Kampfkraft des Proletariats. Wir bitten um euer Vertrauen und um eure Kampfgenossenschaft. (Langanhaltender Beifall.)

Nach Schluß der Rede hat der Vorsitzende Genosse Franz Künftler die Funktionäre, von einer Diskussion abzusehen, da Genosse Breitscheid und er zur Teilnahme an den wichtigen Abstimmungen sofort in den Reichstag zurückkehren müßten. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag einstimmig zu.

Als Breitscheid die „Neue Welt“ verließ, um in den Reichstag zu fahren, wurde er auf der Straße Gegenstand einer spontanen Ovation. Die Genossen brachen in stürmische Hochrufe auf Breitscheid und die deutsche Sozialdemokratie aus.

# Die Jagd nach dem Glück.

## Oder war es Betrug?

Ein junger arbeitsloser Kaufmann hatte sich mit ganzer Kraft auf die Glücksjagd gestürzt. Der Vorfall spielte sich bei der letzten Ziehung der Preussischen Klassenlotterie ab. Der Mann, dem Betrug vorgeworfen wird, wurde vor 14 Tagen von der Polizei festgenommen, dann aber wieder entlassen. Ob er sich wirklich strafbar gemacht hat, ist eine schwer zu entscheidende Frage.

Die Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie, die beim letztenmal noch in der Jägerstraße stattfand, ist bekanntlich dem Publikum zugänglich. Besonders in der fünften

Klasse, wenn die großen Gewinne zu erwarten sind, nimmt der Andrang des Publikums zu. Der junge Mann, der viel Zeit hatte, wählte der Auspielung bei. Er überlegte sich, wie er dem Glück nachhelfen könne. In der weiteren Umgebung der Jägerstraße fand er an Zigarren- und anderen Geschäften die Lotterielose, die nicht verkauft waren, im Schaufenster ausgehängt, genug. Er schrieb sich sorgfältig alle Nummern auf und dahinter die Adressen der Kollektoren. Mit dieser ausführlichen Liste war er bei der Ziehung der aufmerksamste Zuhörer in der Jägerstraße. In vielen Fällen waren keine Nummern noten. Manchmal aber hatte

# WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Fabj Schmet.

Heute abend gehe ich mit Fränze zum Konsul Damme. Er ist ein widerliches Subjekt, aber seine Weine sind gepfeilt, von einer köstlichen Kultur. James versucht sich den Geschmack der edlen Rhein-Hessenweine des Jahrgangs 21 zu suggerieren. Er muß sich ablenken, seine Gedanken aus dem schmerzenden Zentrum reißen. Aber es gelangt nicht. Etwas anderes schiebt sich dazwischen: die Gesichter jener Leute, die vor dem Rathaus demonstrierten, die Silhouette der Drohenden, die Arbeit fordern und hungern müssen, der Schrei der zertretenen Existenzen.

Zertretene Existenzen! James krallt die Hand in seinen Regenmantel. Warum schickt der Breslauer Wexer nicht das Geld? Zertretene Existenzen? Wer ist sicher, daß er morgen nicht auch dazu gerechnet wird? James trommelt an die Scheibe. „Schneller!“ brüllt er dem Chauffeur zu. Der Wagen kann in der engen, überfüllten Straße nur langsam vorwärts kommen. Vor James' Augen tauchen die Zahlen auf, die vor ein paar Tagen die Verluste in New York und Chicago schüchtern andeuteten. Milliarden haben sich in nichts aufgelöst, sind einfach ausgewischt. Derselbe Vorgang kann sich auch in Deutschland ereignen. Warum zahlt Breslau nicht? Und King ist tot, James zerrt am Kragen. Ihm ist alles zu eng. Er schwigt.

Die Börse ist erreicht.

Die Uhr zeigt ein Viertel nach zwölf. James fühlt sich in eine fürchterliche Enge eingekleidet. Alles brüllt und tobt um ihn. Tartarennachrichten werden telegraphiert. Man ist geneigt, alles zu glauben. Makler Abraham, der Sechzigjährige, der die wildesten Großkampftage der Inflation überstanden hat, bricht ohnmächtig zusammen. Man kümmert sich kaum um diesen harmlos kindlichen Unglücksfall, denn die Augen verschlingen die Wand, an der in Leuchtschrift die ersten Kursnotierungen erscheinen.

Eine Stimme brüllt:

„Die Reichsbank sperrt die kleinen Kredite. Berlin notiert nur noch...“

Ein wilder Schrei steigt auf und zerschellt an der Decke. Jetzt geschieht Entsetzliches. Die Zahlen führen einen Wahnsinnsstanz auf. Aktien, die heute morgen noch auf 500 träumten, sehen sich auf 250 herabgeschleudert und sind gleich darauf nur noch 200.

Ein paar Ruße schrillen: „Ich gebe ab!“

Niemand achtet darauf.

Kein errettender Gott ruft: „Ich kaufe!“

Rur: Brief! Brief! Brief!

Jetzt sind meine Aktien fort. James kaut stumpfsinnig an diesem Gedanken.

Die Händler der Großbanken stehen uninteressiert dabei. Sie betrachten den Sturz der Verdammten nur aus technischem Interesse. Auf jede Baïsse folgt eine Hauffe. Das ist das Schicksal der Welt, jedenfalls der Börsenwelt.

Ein Börsenbote klemmt sich hindurch. „Herr Silvester wird am Telephon verlangt...“

James rührt sich nicht. Otto Grambusch, Kolonialwaren engros, stößt ihn mit dem Ellbogen in die Seite. „Können Sie nicht hören?“ James drängt sich zur Telephonzelle. Er hört rücksichtslos auf jeden ein, der ihm in den Weg läuft, auf total heiser geschrieene Makler, auf gewichtige Großfirmen, die den Kopf verloren haben und wie kleine Kinder plärren.

Ein Schrei durch alle Telephone, ein hilfloser, gepfeitschter Schrei. Niemand will kaufen. Alle sitzen auf Waren oder Aktien. Alle sind lockert und fürchten die Zukunft, die mit einem Offenbarungseid winkt.

Proturist Christians ist am Apparat. Der alte Mann muß sich in großer Erregung befinden. Er stottert.

„Herr Silvester, wir haben heben aus Breslau die Nachricht erhalten, daß die „Schlesische“ in Liquidation gegangen ist.“

Im Saal sind die Schreie verstummt. Auch kein Börsenwiz magt sich aus dem Versteck. Trauer lastet auf den Geschlagenen. Sie fühlen sich als ohnmächtige Werkzeuge in den Händen eines allmächtigen Gottes, der nicht gerade im Himmel thront, aber irgendwo in Wallstreet, im Ruhrgebiet oder auf Trafalgar Square, eines Gottes, der kein Erbarmen kennt, der härter und rachsüchtiger ist als der Jehona des Alten Testaments. Erschlossene Marionetten hängen an den Drahtseilen, die sich oben im Unsichtbaren verlieren.

„Schöne Pleite!“ schnaubt Otto Grambusch.

„So schlimm ist die Sache nicht.“ Konsul Damme reibt sich vergnügt die Hände. Er dankt seinem Schutzgeist, der ihn hinderte, in die Aktien einzusteigen. „In wenigen Tagen sind wir wieder oben. Schicksal des Menschen, wie gleichst du dem... ach, ich weiß nicht, wem?“

James steht vor der Börse, er steht noch immer da, als sich die gestikulierenden Gruppen zerstreut haben. Er kann weder himmelhoch jauchzen, noch zum Tode betrübt sein. Alles ist aus. Weizen fällt, Roggen fällt, die Aktien fallen. Eine große Summe ist verloren, und ein altes Haus rüstet sich zum Sterben. Es fällt nicht wie ein Held, es verackert lang- und klanglos. Eine Großbank schaufelt das Grab.

„Gehen Sie ins Büro zurück und schaffen Sie King fort.“ James winkt müde seinem Chauffeur. „Ich selbst steure den Wagen.“

James schaltet den Motor ein. Ein schönes Auto. Hübsch die dunkelblaue Farbe. Es ist schade um den Wagen. Aber es muß sein. Fränze darf nicht leiden. Die Lebensversicherung ist hoch genug, um ihr ein ruhiges Leben zu garantieren.

Der Wagen fährt nicht nach Hause. James lenkt ihn auf die große Chauffee zur Ostsee. An der französischen Front hat James oft dem Tod ins Angesicht gesehen. Er preßt die Hände fest auf das Steuerrad. Wilma! Fränze! Manche Menschen sind zu schwach für das Leben, aber sie wissen zu sterben.

Die Chauffee beschneit eine scharfe Kurve. Dort hinter liegt die Brücke. Eine Tafel zeigt an: „30 km.“ James gibt Vollgas. „Mein Gott, gib mir Kraft!“ betet er.

„Eine wüste Hauffe“, stellt Konsul Damme fest. „Was hab' ich Ihnen gestern gesagt.“ Er hat sich noch nicht von den Anstrengungen des Großkampftages erholt.

„Was sagen Sie zu Silvester? So'n tüchtiger Kaufmann muß ausgerechnet mit seinem Wagen in den Fluß fallen und umkommen. Ich sag' immer, der Weg gleicht an jener Stelle einer Menschenfalle.“ Otto Grambusch ist aufrichtiges Bedauern. „Der Grammacher soll sich übrigens mit einer großen Summe an der Firma beteiligen. Heute ist sein Schreiben eingetroffen. So erzählte mir wenigstens der alte Christians.“

„Na, hören Sie schon auf, Grambusch! Wie sind Sie Brief für Deda-Aktien?“

(Schluß.)



er den erwarteten Erfolg. Es wurde eine Nummer mit größerem Gewinn ausgerufen, die auf der Liste stand. Der Glücksjäger eilte sofort in das Geschäft und kaufte das Los. Der Lotteriekollektor kam dahinter und die Kriminalpolizei wurde benachrichtigt. Der Mann wurde festgenommen. Er behauptet, daß seine Kollage ihn auf diesen rettenden Gedanken gebracht habe. Die Gelegenheit sei ihm zu günstig erschienen, als daß er sie nicht hätte ausnützen sollen. Tatsächlich hat er mehrere hundert Mark gewonnen.

Der Trick ist übrigens nicht so neu wie er scheint. Lange vor dem Kriege sind ähnliche Manöver mit Erfolg durchgeführt worden.

Von der Kriminalpolizei wird zu dem Vorfall noch mitgeteilt, daß es sich, im Gegensatz zu der Meldung eines Spätabendblattes, nur um einen gelungenen Fall handelt. Dem fingen Gewinnsucher ist auf ein Aktstücker eines 5000-Mark-Gewinnes der entsprechende Anteil ausgezahlt worden. Ein weiterer Versuch, das Manöver zu wiederholen, scheiterte an der Aufmerksamkeit des Lotterieverwalters. Dem Glücksjäger sind nur wenig mehr als 500 Mark in die Hände gefallen.

## Bürgerliche Geldehe.

### Die Frau wegen versuchten Totschlages vor Gericht.

Die Zehnjahreswohnung des Assessors N. in der Kaiserallee war vier Jahre lang Schauplatz wüster Eheszenen, bis am Morgen des 25. Februar d. J. ein Schuß der Ehefrau auf den Mann das Zusammenleben löste.

Die Kugel glitt an der Rippe ab, der Mann, ein runder genießerischer 52er — „ein trauriger Ritter war ich nie“, sagte er selbst von sich —, trug nur eine ganz geringe Verletzung davon, die Frau, eine üppige 39jährige, erholte sich nach der Trennung von ihrem Manne zusehends. So konnten sie beide vor dem Landgericht III einander tüchtig die „Wahrheit“ sagen. Wer von beiden an der „Hölle“, wie die Hausangestellte das Eheparadies der beiden nannte, die größere Schuld trug, mag dahingestellt bleiben, die Hausangestellte schob die ganze Schuld dem Ehemann zu. Ein Engel war aber auch die Ehefrau nicht gewesen sein. Sie hatte einen „feinen“ Stich ins hysterische, war herrisch, äußerst temperamentvoll und verfügte über ein Verkon, von dem Berlin „W.“ behauptet, daß es bloß in Berlin „D.“ üblich wäre. Moralisch scheidet aber jedenfalls der Mann schlechter ab. Als er im Jahre 1926 seine zukünftige Frau kennen lernte, die nach dem Selbstmord ihres Mannes ein hübsches Vermögen ihr Eigen nannte, war er der verkörperte Kavaller. Man heiratete, bezog die Zehnjahreswohnung in der Kaiserallee, vereinbarte, daß der Ehemann die Miete und die Ausgänge bestreiten würde, die Ehefrau den Haushalt, das Personal und die Steuern, um die Vermögen ihres Mannes sollte er sich nicht kümmern.

Das „junge“ Eheglück wurde aber recht bald durch die Anwesenheit der Mutter des Ehemannes gestört; die alte Dame war für die Schwiegertochter in der späteren Zeit bloß die „alte Hege“. So entstanden die ersten Zwistigkeiten. Die Streitpunkte aber betrafen Geldangelegenheiten. Der Mann begann für die Vermögen der Häuser seiner Ehefrau ein verdächtiges Interesse zu zeigen, kassierte Mieten ein, legte das Geld auf sein Konto an, und die Ehefrau wollte sich das nicht gefallen lassen. Sie warf dem Ehemann seine verschwenderische Lebensweise vor, die teure Seejacht, den Napf-Bogen, für dessen Unterhalt sie aufzukommen hatte. Eines Tages verlegte sie ihm in Gegenwart der Stenotypistin mit dem Telephonhörer einen Schlag über den Kopf. Er sperrte ihr Konto; der Mißbrauch wurde beigelegt, indem die Frau sich verpflichtete, in einem Ehevertrag den Mann mit 120 000 Mark abzufinden — er hatte 250 000 Mark verlangt —, die Vermögen und Ruhmehnung des Vermögens aber sollte ihm entzogen werden. Das Verhältnis wurde indessen nicht besser. Bald gab es „Sonnenschein“, sagte er vor Gericht — dann nannte sie ihn „Nickerchen“ —, bald „grauen Nebel“, bald fuhr man zusammen nach Italien, bald schimpfte man sich gegenseitig und drohte, einander kaputtzuschlagen — von einer Scheidung wollte der Ehemann nichts hören —, 40 000 Mark waren ihm ausgezahlt worden; 80 000 Mark waren mit 8 Prozent verzinst.

Im Februar herrschte wieder „grauer Nebel“. Der Mann schickte seine Frau zum Psychiater, sie verdächtigte ihn der Geschlechtskrankheit. Auch eine Ehescheidung war bereits im Gange. Am 24. Februar kam es des Nachts wieder zu bösen Auftritten. Er erinnerte an die 80 000 Mark, sie schimpfte; am nächsten Morgen, als der Mann am Kaffeetisch saß, fiel der Schuß. Die Pistole hatte die Nacht über unter dem Kopfkissen gelegen, sie habe sich, sagte sie, das Leben nehmen wollen; er behauptet aber, sie habe ihm kurz vor dem Schuß zugerufen: „Nicht verrecke, du Schwein, du Lump“. Als der Mann fortgeschafft wurde, äußerte sie sich zu ihrer Hausangestellten: „Sowas mußte mir auf nächstem Wagen passieren!“ Kurz vorher schien sie vollkommen zusammengebrochen. Die 80 000 Mark hat er eingeklagt und erhalten. Dr. Leppmann verurteilte den § 51; Dr. Blaczet und Dr. Michelson äußerten Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten.

Der Staatsanwalt beantragte wegen versuchten Totschlages 6 Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist. Rechtsanwalt Hildebrandt plädierte auf Freispruch. Das Urteil lautete sechs Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist.

## SOS-Ruf der Kinderreichen.

Der Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands hatte eine Versammlung einberufen, um mit seinen Mitgliedern zu beratschlagen, wie der starken Benachteiligung gerade der Kinderreichen in unserer krisenreichen Zeit zu steuern ist. Durch Abbau, Lohn- und Unterstützungskürzung ist der kinderreiche Familienvater heute fast kaum mehr in der Lage, seinen Haushalt auch nur in den allerbestehenden Notizen aufrechterhalten zu können; auf der anderen Seite nehmen die Kinderreichen als Richter eine mehr als deprimierende Stellung dem Hauswirt gegenüber ein, der sie in allen Fällen höchst ungern aufnimmt, wenn er es nicht überhaupt vorzieht, ihnen einfach die Türe zu weisen. Förderung des Eigenheim- und Siedlungsgedankens überhaupt, mehr Verständnis und Unterstützung bei Behörden und Arbeitgebern, das ist es, was die Kinderreichen fordern. Wie der Vorsitzende des Landesverbandes in seinem Referat ausführte, ist schon ein kleiner Fortschritt wenigstens in ideeller Beziehung, dahin zu verzeichnen, daß die zuständigen behördlichen Stellen sich den Forderungen der Kinderreichen nicht gänzlich verschließen und es bleibt zu hoffen, daß auch der praktische Erfolg der Bemühungen nicht ausbleibt. Der Kassierer des Landesverbandes erstattete einen Geschäftsbericht, wobei er mit Bedauern feststellen mußte, daß die geringen Mitglieds- und Steuerbeiträge allzu spärlich einwirken, so daß der Verband unter schweren finanziellen Nöten zu leiden hat. Trotzdem sei es noch möglich gewesen, über 6000 Mark an Unterstützungen auszubekommen.

Wie der Bezirks-Bildungsausschuß mitteilt, finden von dem Aktuellen Volkstheater, dessen Spielplan in der Freitag-Morgennummer veröffentlicht worden war, bis auf weiteres keine Vorstellungen mehr statt.

# Im Dickicht der Sklarek-Verträge.

## Raritätensammlung untauglicher Waren. — Kieburgs Verfehlungen.

Der zweite Verhandlungstag im Sklarek-Prozess führte in das Dickicht der Sklarek-Verträge. Man ließ Gefahr, ohne Wegweiser sich darin zu verirren. Wie sie aber zustande gekommen, darüber kann eigentlich keiner von den Angeklagten so recht Bescheid geben: die es angeblich könnten, sind nicht mehr zum Sprechen zu bringen: Max Sklarek, Kieburg und auch der Obermagistratsrat Schallbach.

Die erste mehr als verdächtige Lieferung betraf, wie bereits berichtet, die 23 000 Decken im Werte von 500 000 M. Dieser Auftrag, meint selbst Willi Sklarek, sei völlig sinnlos gewesen.

Er erfolgte gewissermaßen als Äquivalent dafür, daß die Sklareks ein Defizit bei der BZG. in Höhe von 400 000 M. übernehmen mußten.

da die Stadt einen Skandal vermeiden wollte. „Und das wollen Sie uns glaubhaft machen, Sie hätten doch unter solchen Umständen die Stadt in der Hand“, rüft der Vorsitzende mit kaum beherrschter Erregung. „Das ist die Wahrheit“, meint gelassen Leo Sklarek. „Wir waren die Müllabfuhr für die Stadtgemeinde.“ Die Erklärungen, die Willi Sklarek für den Abschluß des Vertrages vor dem Untersuchungsrichter gegeben hat, lautete allerdings anders. Er befand sich aber damals in einem „Fiebertaumel“. Nach einer Revision durch den Stadtmann Schöttler wurden die Sklareks verpflichtet, 100 000 M. von den bevorstehenden 500 000 M. zurückzuzahlen. Ob das geschah, darüber konnten die Brüder Sklarek keine Auskunft geben.

Nicht minder interessant ist ein Auftrag im Januar 1926 für 300 000 M. Ein Bedarf war bei der BZG. auch diesmal nicht vorhanden. Der Gewinn bei diesen Deckenlieferungen machte etwa 47,54 Proz. aus; der Auftrag sei lediglich erteilt worden, um das Defizit ausgleichen zu können. Eine mysteriöse Rolle spielt übrigens ein Schreiben des Stadtrats Schöttler an die Firma Sklarek. Es heißt darin, daß die Rückzahlung der 100 000 Mark an die Stadt bloß eine Gefälligkeit der Sklareks darstelle, für die sie wieder entschädigt werden müßten. Also immer wieder „entschädigt“.

## Das „Reflager“ der BZG.

Einen weiteren Bedarf an „Kompensationen“ empfanden die Brüder Sklarek nach der Übernahme des „Reflagers“ der BZG. Kieburg soll die gute Ware für sich behalten und vollständig untaugliches Zeug den Sklareks angedreht haben. Ja, noch mehr, die Sklareks behaupten sogar, er habe speziell zu diesem Zweck diesen Schund zusammengekauft. Schallbach habe im Landtagsauschuß erklärt, er habe den Sklareks direkt verboten, die übernommenen Waren an die städtischen Dienststellen zu liefern; es sei eine Raritätensammlung gewesen. Das Bezirksamt Kreuzberg habe die Waren zurückgeschickt. Auch Böß habe anerkannt, daß die Sklareks geschädigt worden seien. Weshalb sind Sie nicht gegen Kieburg vorgegangen? fragt der Vorsitzende. Da hätte ich gut ausgefallen, meint Willi Sklarek. Kieburg sagte einmal, der Oberbürgermeister soll mir nur was tun, dann sitzen sie aber alle im Gefängnis! Der Angeklagte Gaebel fügt weiterhin hinzu, er habe Böß gesagt, was er von

Kieburg halte. Böß habe aber gefragt, ob er denke, daß Kieburg sich mit der Entlassung begnügen würde. Damals habe er es nicht verstanden. Kieburgs Verfehlungen seien in sämtlichen Instanzen zur Sprache gekommen. Sie hätten aber reklamieren können, wendet sich der Vorsitzende zu den Sklareks. Wir haben auch reklamiert, schriftlich und mündlich. Schließlich wollten wir es aber mit unseren Kunden nicht verderben. Kieburg habe übrigens einmal gesagt, sie werden auf Granit stehen. Auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Hildebrandt, wer sich eigentlich schuldig vor Kieburg gestellt habe, nennt der Angeklagte Gaebel u. a. die deutsche nationale Stadtverordnete Frau Klausner. Willi Sklarek ruft bei dieser Gelegenheit pathetisch aus: Es soll hier einmal die Schminke heruntergenommen werden, nicht wir haben korumpiert, sondern es war bereits alles korumpiert, als wir die BZG. übernommen haben.

## Sklareks Monopolverträge.

Wenn aber etwas geeignet ist, schlaglichtartig das Eigenartige der geschäftlichen Beziehungen zwischen der Firma Sklarek und der Stadt zu beleuchten, so sind es zwei aufeinanderfolgende Verträge zwischen diesen beiden Kontrahenten. Am 7. November 1926 hatten sich die Brüder Sklarek beim Stadtrat Gaebel und bei Kieburg schriftlich über die Rinderwertigkeit der übernommenen Waren beklagt. Am 10. November 1926 wurde zwischen den Brüdern Sklarek einerseits und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Gaebel und dem Direktor Kieburg als Geschäftsführer andererseits ein Vertrag abgeschlossen, laut dem den Sklareks zugezahlt wurde, eine monatliche Abnahme von Konfektion im Werte von 50 000 M. Der Vertrag sollte für drei Jahre Gültigkeit haben. Also ein Monopolvertrag auf 1 800 000 M. — als Äquivalent Waren Sie denn, Angeklagter Gaebel, befragt, derartige Verträge zu schließen, wundert sich der Vorsitzende. Ich war erst ganz kurze Zeit im Aufsichtsrat und hatte noch gar keine Erfahrungen, erwidert der Angeklagte. Wußten Sie nicht, daß auf Grund eines Briefes des Stadtrats Schöttling die BZG. bloß typisierte Ware liefern durfte? Nein, den Brief hat Kieburg mir vorenthalten, behauptet Gaebel. Am 10. März 1927 kam ein neuer Vertrag zustande. Die Firma Sklarek erhielt diesmal auf zwei Jahre das Lieferungsrecht aller für den Betrieb der BZG. notwendigen Stoffwaren und Bekleidungsgegenstände. Betrag der Wert der Lieferung nicht mehr als 25 000 M., so sollte bar gezahlt werden. Die nächsten 20 000 M. dagegen auf Sklareks Debet geschrieben werden. Ein weiteres kam noch hinzu. Von 202 840 M. als einem „widerrechtlich verbuchten Konto“ sollten Sklareks laut diesem Vertrag entlastet werden. Was es mit diesen 202 000 M. auf sich hatte, war in der Verhandlung nicht zu erfahren. Gaebel konnte nur das eine sagen, daß er die Sache damals mit dem jetzt verstorbenen Obermagistratsrat Schallbach besprochen hätte und daß es sich um eine „Cession“ gehandelt habe.

Montag wird der Sachverständige Stadtmann Schöttler über die Zustände bei der BZG. und BZG. gehört werden. Die Angeklagten haben diesen Sachverständigen schon im voraus verdächtigt: er habe Kieburgs Verfehlungen gedeckt. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weihenberg stellt aber fest, daß Schöttler vom Jahre 1923 an bis in das Jahr 1927 hinein vor Kieburg gewarnt hat.

# Die Lübecker Todeskulturen

## Fachwissenschaftliches im Calmette-Prozess.

Lübeck, 16. Oktober.

Zu Beginn des fünften Verhandlungstages wird die Frage der Kulturen und die Fortzucht im Laboratorium von Prof. Dr. Deyde zur Sprache gebracht.

Dem Angeklagten Dr. Alstaedt war bekannt, daß die aus Paris bezogene Kultur und die aus dieser Kultur gewonnenen Fortzuchtungen auf Galle-Kartoffel-Nährboden und dem Sauton-Nährboden stattfanden. Auch der hohnische Eier-Nährboden sei verwandt worden, weil er ein schnelleres Wachstum ermögliche. Prof. Deyde habe ihm aber nicht gesagt, daß er die Emulsion, die zur Fütterung der Kinder dienen sollte, aus solchen Kulturen herstellen wollte. Es sei üblich, irgendeine Stammkultur auf dem üblichen Nährboden weiter zu züchten. Da aber auch aus wissenschaftlichen Gründen eine Abimpfung auf einem anderen Nährboden vorgenommen würde, habe er angenommen, daß Prof. Deyde aus dem gleichen Grunde eine Abimpfung vorgenommen habe. Im Anschluß an die Erörterung über einen Artikel aus der „Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung“ vom Februar 1929: „In Lübeck sollen Kinder durch die Calmette-Impfung sterben“, erklärt Dr. Alstaedt, daß ihm diese Zeitschrift nicht zu Gesicht gekommen sei. Auf die Frage eines Anwalts der Nebenkläger, weshalb er nicht die

Säuglingsfürsorge angerufen habe, um die Säuglinge nach der Fütterung zu beobachten, erwidert er, daß man im Gesundheitsamt diese Frage besprochen habe, aber keine Maßnahmen veranlaßt hat, da man glaube, daß sich Schädigungen nicht einstellen würden. Zu der protokollierten Aussage Dr. Alstaedts über die Nährböden erklärt Prof. Lange-Berlin, daß man von einer Vorchrift Calmettes, bestimmte Nährböden zu verwenden, nicht sprechen könne.

Nach der Mittagspause stellte der Verteidiger Dr. Alstaedts den Antrag, die Verhandlung seines Mandanten mit Rücksicht auf die angestrengten Verhöre der letzten Tage abzubrechen. Auf Vorschlag des Vertreters der Nebenkläger wird dann Prof. Dr. Deyde vernommen. Prof. Dr. Deyde betonte, daß er sein Präparat für ein geeignetes Heilmittel halte, das die beste spezifische Behandlungsmethode zur Bekämpfung der Tuberkulose darstelle. Wegen einer Zwischenfrage des Stadtarztes Dr. Schminke kommt es dann zu einem Zusammenstoß zwischen dem Rechtsanwalt Dr. Ihde, dem Verteidiger Dr. Deydes und Dr. Freg, der sich scharf gegen die Unterstellung Dr. Ihdes wendet, als ob die „Schminke-Seite“ ein besonderes Interesse an der Verdächtigung Dr. Deydes hätte.

Die Verhandlung wurde dann auf Montag vormittag vertagt.

## Politische Bluttat vor der Aufklärung.

### Der Totschlag auf den Postauswärtler Rowat.

Der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium hat gegen den der Kommunistischen Partei nahestehenden Bäcker Krause wegen Landfriedensbruchs und Totschlages Haftbefehl erlassen. Krause steht im Verdacht, an der Tötung des Postauswärtlers Rowat, der in der Nacht vom 11. zum 12. d. M. bei einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten erschossen wurde, beteiligt gewesen zu sein. Die dem Vernehmungsrichter gleichfalls vorgeführten Begleiter des Rowat wurden freigelassen, da gegen sie nur der Verdacht des Vergehens gegen das Waffengesetz besteht.

## Bastelbrüder!

Im Saalbau Friedrichshain haben Bastelbrüder eine Ausstellung veranstaltet. Obgleich Patentnehmer, haben sie vollendete Wunderwerke der Radioapparatur geschaffen. Leider verbietet die Reichspostdirektion ihnen auch heute noch das Amateur-Kurzwellensenden. Die Bastelbrüder haben sich zur Aufgabe gestellt, jeden Nachbarn zum Bastelbruder oder mindestens zum Radiofreund zu machen. Gebastelt wird nach Bastelbüchern, die ein Ingenieur in Düsseldorf entwirft. Die reichste Bastelbuch zeigt eine Fülle von Apparaturen, die durch ihre äußere Gefälligkeit und durch ihre saubere und technisch vollendete Konstruktion auffallen. Als beste Arbeiten werden die neuen Schaltungen „Europameister“ und „Eiserne Krone“ bezeichnet, das sind 2- und 3-Röhrengeräte mit außerordentlich hoher Frequenz, die jede Europafunktion heranzubringen. Diese kostbaren selbstgebasteten Apparate stellen sich immerhin auf 80 und

90 Mark Unkosten, was die Bastler als „billig“ bezeichnen. Sonst bietet die Schau eine Uebersicht über die ganze Entwicklung des Radiomeiens, vom einfachen Detektor bis zum eleganten Koffergemälde, zum selbstgebasteten Mikrophon und Lautsprecher. Anerkennenswert ist es, daß die Bastler den Grundsatz haben: Störe deine Nachbarn nicht durch rücktuppel!

## 1000 Dollar im Walde gefunden.

Am Rande einer Schonung bei Schmöckwitz fand gestern ein Spaziergänger einen 1000-Dollar-Schein. Der Finder begab sich mit der amerikanischen Banknote zum nächsten Polizeirevier, wo der Geldschein als echt festgestellt wurde. Wie der Schein in die Schonung gekommen ist, bleibt zunächst noch rätselhaft. Vielleicht stammt die Banknote aus einem Einbruch und die Täter haben sie fortgeworfen, da sie fürchteten, beim Wechseln Aufsehen zu erregen.

Billiger Herbstsonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend, dem 17. Oktober, kostet der Eintritt in den Zoologischen Garten von 2 Uhr nachmittags ab nur 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder; dieselbe Ermäßigung gilt für das Revier. Der Garten steht im Zeichen des schönen Herbstes; besonderes Interesse dürfte in breiten Kreisen der Berliner Bevölkerung das Hören der Hirsche finden.

Verbleibende Gesellschaft für Festabend und Naturschau S. B. 104. Verbleibende Gesellschaft, 18. Oktober, Abendunterhaltung durch den Naturpark über die Gärten der Welt. Mitternacht durch Carl Gonsoulet, Führung: Studenten-Verbleibende Gesellschaft, 19. Oktober, 10.00 Uhr. (Abfahrt Potsdamer Bahnhof 9.25 Uhr, Charlottenburg ab 9.50 Uhr.) Rückfahrt etwa 14 Uhr von Potsdam. Mitglieder frei. Gäste 50 Pf.



## Metallmärkte unter Krisendruck.

### Ihre Rolle als Stimmungsbarmeter. — Erfolglose Kartellpolitik.

Immer noch sind die Metallmärkte, die Märkte für Kupfer, Blei, Zink und Zinn, in besonderem Maße „Stimmungsbarmeter“ der Wirtschaft. Die Preisentwicklung auf diesen Märkten liefert auch heute noch, auf lange Sicht gesehen, ein getreues Abbild der Konjunkturlage, obwohl im abgelaufenen Jahrzehnt die Produzenten immer wieder versucht haben, die Märkte und die Preise durch kartellpolitische Maßnahmen „in die Hand zu bekommen“. Und es ist auffallend, wie jeder kleinere oder größere Vorgang im Wirtschaftsleben sofort in den Metallpreisen zum Ausdruck kommt.

Als Hoover seine berühmte reparationspolitische Aktion in Gang setzte, da waren es zuerst (und allein!) die Metallmärkte, die die Hoffnung auf Erleichterung der wirtschaftlichen Situation sofort in einer regelrechten Hausse, in ansehnlichen Preissteigerungen ausbrachten. Die Aufgabe des Goldstandards in England und die Entwertung des Pfundes führte sofort zu Preissteigerungen für diese Metalle. Es setzte eine Flucht aus dem Pfunde ein, die sich in erhöhten Metallkäufen auswirkte — oder bezeichnenderweise, obwohl die in (entwerteten) englischen Pfunden notierten Preise dauernd stiegen, blieben sie lange Zeit unter den Goldpreisen, wie sie vor Aufgabe des Goldstandards festgestellt wurden. Erst in den letzten Tagen, seitdem der Wert des englischen Pfundes auf etwa 80 Proz. seines Goldwertes einigermaßen stabil geblieben ist, sind die Metallpreise in London so weit gestiegen, daß die früheren „Goldpreise“ wieder erreicht und sogar teilweise etwas überschritten wurden.

Und Anfang dieser Woche haben wir ja etwas Ähnliches

#### an den deutschen Metallbörsen

erlebt. Nach dem vielfachen Inflationsgeschwäh der letzten Wochen, besonders nach der berüchtigten Harzburger Rede des Herrn Schoch legen plötzliche starke Käufe auf dem Berliner und Hamburger Metallmarkt ein. Als Käufer traten nicht allein die für gewöhnlich an diesen Börsen vertretenen Händler und Favoritanten, sondern auch Leute „aus dem Publikum“ auf, die zweifellos nach der Harzburger Tagung an die Möglichkeit einer Inflation glaubten und sofort eine kleine Flucht in die Sachwerte inszenierten. Da die Umstände seit Monaten sehr klein sind, so daß sich jede unerwartete Nachfrage ziemlich stark auswirkt, konnte es geschehen, daß die deutschen Metallpreise zwei Tage lang über den englischen Preisen lagen. Inzwischen hat man sich wieder beruhigt.

Im allgemeinen wird die

#### Lage auf den internationalen Metallmärkten

dadurch gekennzeichnet, daß immer noch die Produktion die Nachfrage übersteigt, so daß die Vorräte weiter ansteigen und einen immer stärkeren Druck auf die Preise ausüben. Die internationalen Produzentenkartelle haben längst einsehen müssen, daß sie sich durch ein Preisdiktat den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise nicht entziehen können; sie haben es aber nicht einmal fertig gebracht, ihre Mitglieder zur Einhaltung der Beschlüsse auf Einschränkung der Produktion zu bringen.

Überblickt man die Produktions- und Preisentwicklung dieser Metalle im letzten Jahrzehnt, so muß man eine starke Übereinstimmung mit der Entwicklung der weltwirtschaftlichen Konjunkturlage feststellen. Die große Krise des Jahres 1921 prägt sich bei allen vier Metallen in einem Tiefstand der Produktion wie der Preise aus. Die Produktion weist dann bis zum Jahre 1929 einen dauernden Anstieg auf, um danach scharf abzusinken. Nicht ganz so gleichmäßig war die Preisentwicklung: Blei und Zinn weisen bereits im Jahre 1925, Zinn im Jahre 1926 den höchsten Preisstand auf, während der Kupferpreis, nicht zuletzt durch die Maßnahmen des Kupferkartells in die Höhe getrieben, erst im Hochkonjunkturjahr 1929 den höchsten Stand erreicht. Bei allen Metallen ist seit 1929 ein Preissturz zu verzeichnen; am schärfsten aber war er bei Kupfer. Die jetzigen Preise für Kupfer und Zinn sind

die niedrigsten seit dem Jahre 1800.

wie die Metallgesellschaft A.-G., Frankfurt, in ihren statistischen Zusammenstellungen festgestellt hat.

Kaum ein anderes Gebiet der Weltwirtschaft hat gegenüber der Vorkriegszeit so gewaltige Strukturwandlungen, eine so starke Veränderung des Anteils der einzelnen Produktionsländer an der Gesamtproduktion aufzuweisen wie die Metallwirtschaft. Der

Krieg hat mit der Isolierung der einzelnen Volkswirtschaften bewirkt, daß die

#### Verhüttung der Erze jetzt in großem Umfange in den überseeischen Erzegebieten

erfolgt. Die europäische Metallherzeugung hat dadurch einen Rückschlag erlitten, der nicht wieder eingeholt werden kann.

So erfolgt jetzt die Verhüttung der Kupfererze ausschließlich an den Standorten der Kupfererzgruben. An der Förderung der Erze wie an der Produktion von Kupfer hat Amerika einen Anteil von mehr als 70 Proz. Europas Anteil an der Weltkupferproduktion ist seit der Vorkriegszeit von 19 auf 12 Proz. gesunken, während der Anteil Afrikas (Kongogebiet) von 1 auf 16 Proz. gestiegen ist. Der Kupferbedarf Europas muß zu 80 Proz. eingeführt werden.

Ähnlich verhält es sich bei Blei. Amerika hat seine Förderung von Bleierzen gegenüber der Vorkriegszeit fast verdoppelt und damit seinen Anteil an der Weltproduktion von Blei außerordentlich erhöht. Europa, das in der Vorkriegszeit in starkem Umfange eingeführte Erze verhüttete, war im Durchschnitt der Jahre 1900 bis 1913 mit 46 Proz. an der Weltproduktion von Blei beteiligt; im Jahre 1930 machte sein Anteil etwa halb so viel, nämlich 24 Proz. aus. Weil die Bleierze jetzt überwiegend in Lebersee verhüttet werden, muß Europa jetzt die Hälfte seines Bedarfs an Blei (1913 nur 20 Proz.) einführen.

Bei Zink ist ebenfalls eine starke Ausdehnung der überseeischen Hüttenindustrie festzustellen; doch werden immer noch in Europa neben den eigenen Erzen sozial eingeführte Erze verhüttet, daß der europäische Bedarf an Zink durch die europäische Produktion gedeckt wird. Aber der Anteil Europas an der Weltproduktion ist doch von 69 auf 51 Proz. zurückgegangen.

Etwas anders liegen die Dinge bei Zinn. Zinnerze finden sich fast ausschließlich in Asien (Malaienstaaten, Siam, Niederländisch-Indien) und in Bolivien. Soweit die Verhüttung dieser Erze nicht in Asien erfolgt, wird sie in Europa (England) vorgenommen. Der europäische Anteil an der Weltproduktion von Zinn ist von 25 auf 32 Proz. gestiegen.

Die große Umstellung in der Metallproduktion hat dazu geführt, daß die Gesamtproduktion im Krisenjahr 1930 noch um etwa

50 Proz. größer als in der Vorkriegszeit war. Der Ausdehnung der überseeischen Industrie entsprach nicht eine entsprechende Schrumpfung des Produktionsapparates in Europa; somit diese Ausdehnung in der Nachkriegszeit erfolgte, fiel sie mit einer Zeit guter Konjunktur zusammen.

Diese Zeit der guten Konjunktur gehörig auszunutzen, schlossen sich die

#### Produzenten zu Kartellen

zusammen. Das internationale Kupferkartell brachte es fertig, den Kupferpreis von 14,4 Dollarscents je englisches Pfund auf 24,4 Cents hinaufzutreiben; heute werden 7 Cents gezahlt. Die hohen Preise waren natürlich ein ständiger Anreiz zur Ausdehnung der Produktion, was nach Ausbruch der Krise um so schärfer sich auswirken mußte. Die Vorräte an Kupfer stiegen von 41 000 Tonnen im Jahre 1928 auf 430 000 Tonnen im September 1931; die Vorräte an Zink von 13 000 Tonnen im Jahre 1926 auf 147 000 Tonnen im Juni 1931; die Vorräte an Zinn von 14 000 (März 1927) auf 53 000 Tonnen (Juni 1931).

Diese Vorräte drücken um so mehr auf den Preis, als die Kartellmitglieder sich nicht an die Einschränkungsbeschlüsse halten; denn jede Einschränkung bedeutet Verteuerung der Produktion, und viele Produzenten können auch bei den heutigen niedrigen Preisen noch rentabel arbeiten. Die Kupferproduzenten halten noch in diesem Monat ein Konferenz in New York ab; es soll eine weitere Einschränkung der Produktion um 25 Proz. beschlossen werden. Das Zinkkartell hat im August sogar eine 45prozentige Verminderung der Produktion beschlossen. Das Zinnkartell will 20 000 Tonnen der Vorräte aufkaufen, um den Preis zu stützen. An die Einschränkungsbeschlüsse haben sich die Malaienstaaten bisher nicht gehalten. Auch das Bleikartell konnte bisher nicht Produktion und Verbrauch in Einklang bringen, geschweige denn eine Vorratsminderung herbeiführen.

Die Wirtschaftskrise hat die Metallmärkte nahezu stillgelegt; die Umsätze sind ganz gering, die Preise sinken immer weiter. Und die Produzenten, die nun einmal ihre Anlagen sinnlos erweitert haben, bemühen sich vergebens, die Produktion dem Verbrauch anzupassen. Mit Kartellmaßnahmen, die stets das Weiterbestehen aller Mitglieder garantieren sollen, ist nichts zu machen. Ehe nicht die Krise eine völlige Stilllegung der überflüssigen Anlagen erzwungen hat, ehe nicht andererseits der Verbrauch infolge einer Besserung der Konjunktur steigt, ist auch in der Metallproduktion mit einer Besserung nicht zu rechnen.

## Die Schweizer Handelspolitik.

### Vor den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen.

Am Montag beginnen in Bern die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland über eine Revision des im Jahre 1926 abgeschlossenen Handelsvertrages.

Die Ursachen dieser Verhandlungen gehen auf die noch und noch stärker werdenden Kriseneinflüsse in der Schweiz zurück. Die Verschärfung der Wirtschaftslage hat zu einem Herumwerfen des handelspolitischen Stellers geführt. Die Schweiz fordert eine schärfere Begrenzung der ausländischen Einfuhr durch Kontingentierung und versucht, die in dem Handelsvertrag mit Deutschland bestehenden Bindungen zu residieren.

Die Schweiz versucht, die Berechtigung ihres Vorgehens durch den Hinweis auf die Entwicklung der Handelsbilanz mit Deutschland zu erbringen. In den letzten Jahren hat Deutschland im Handelsverkehr mit der Schweiz in der Tat eine ständig wachsende Aktivität zu verzeichnen gehabt, denn der Ausfuhrüberschuß Deutschlands war von 1927 bis 1930 von 156,6 bis auf 372,1 Millionen Mark gestiegen. Allerdings hat sich im ersten Halbjahr 1931 die Situation etwas mehr zugunsten der Schweiz verschoben.

Nun ergibt allerdings die Gegenüberstellung der gegenseitigen Ein- und Ausfuhr kein richtiges Bild von dem, was Deutschland und die Schweiz gegenseitig im wirtschaftlichen Verkehr voneinander haben. Man sollte in der Schweiz nicht vergessen, wieviel hundert Millionen jährlich der deutsche Fremdenverkehr in der Schweiz ausbildet. Wenn hierüber sichere Angaben vorlägen, so würde die deutsch-schweizerische Zahlungsbilanz zweifellos einen Aktivüberschuß zugunsten der Schweiz ergeben.

Die wirtschaftlichen Überlegungen, die von den zuständigen Schweizer Regierungsstellen über die Entwicklung des Handelsverkehrs mit Deutschland angestellt worden sind, erscheinen demnach

etwas einseitig. Im Interesse des gutnachbarlichen Verhältnisses und der traditionellen Wirtschaftsbeziehungen ist aber zu hoffen, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz nicht im Sande verlaufen und eine Kündigung des Handelsvertrages durch die Schweiz nicht vorgenommen wird.

#### Deutsch-jugoslawische Verhandlungen.

In den letzten Tagen haben in Bern zwischen Vertretern des jugoslawischen Handelsministeriums und den zuständigen Reichsstellen Besprechungen zur Vorbereitung von Verhandlungen über eine Zusatzvereinbarung zum deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag vom 6. Oktober 1927 stattgefunden. Bei den Besprechungen wurde das Programm für die in Aussicht genommenen Verhandlungen erörtert und die beiderseitigen Wünsche soweit geklärt, daß die Verhandlungen in einigen Wochen beginnen können.

## Das Ergebnis der Reichsbahnleihe.

### Bisher 173,6 Millionen gezeichnet.

Das bis Freitag nachmittag festgestellte Zeichnungsergebnis auf die neue Reichsbahnleihe beträgt rund 173,6 Millionen Mark. Es handelt sich dabei nur um Zeichnungen, die bis zum Ablauf der Steueramnestie am 15. Oktober getätigt wurden. Die allgemeine Zeichnungsfrist läuft dagegen erst am 31. Dezember dieses Jahres ab.

Das Ergebnis der Zeichnungen auf die Reichsbahnleihe bis zum Ablauf der Steueramnestie hat die Erwartungen übertroffen. Besonders am letzten Tage sind zahlreiche Zeichnungen auf hohe Beträge erfolgt und zwar überwiegend über Notare, so daß es sich hier ganz offensichtlich um Steuerfluchtigelder handelt. Trotz des niedrig erscheinenden Zinsfußes von 4 1/2 Prozent ist die tatsächliche Verzinsung der Reichsbahnleihe infolge des gänzlichen Wegfalles jeglicher Steuerart sehr hoch. Sie erreicht bei



6 Stück nur 20

Die gute und milde

TETA

ZIGARETTE

AZET ZIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H. VERTRIEB: MELABAT ZIGARETTENHANDELSGESELLSCHAFT M. B. H. ZWEIGNIEDERLASSUNG BERLIN C2 NEUE PROMENADE 6 TEL: D2 WEIDENDAMM 3408



einer Zeichnung von 100 000 Mark etwa 10 Prozent Effektivverzinsung.  
Die Reichsbahn wird die aus der Anleihe stehenden Mittel für zusätzliche Aufträge verwenden. Wie wir hören, ist in erster Linie daran gedacht, für Schienen und Oberbauarbeiten Bestellungen von etwa 50 Millionen an die Stahl- und Eisenindustrie sowie die Kleinmetallbetriebe zu vergeben. Weitere 50 Millionen werden für den Einbau des Materials, Brückenreparaturen usw., hauptsächlich als Böhne für die Einbau- und Ausbesserungsarbeiten verwendet. Inwiefern die Reichsbahnverwaltung bei der Auftragsvergabe den Fahrzeugbau berücksichtigen will, steht noch nicht fest. Bei der trostlosen Lage im Waggonbau und der Lokomotivindustrie, die in Massenstilllegungen zum Ausdruck kommt, wäre es auch im Hinblick auf den Zustand des Wagenparks bei der Reichsbahn erwünscht, wenn auch diese Industriezweige mit ihrer hochqualifizierten Arbeiterkraft berücksichtigt würden.

### Reichsbank und Kreditgenossenschaften. Beitragende Diskontierungsforderungen.

Westdeutschland ist die Wetterdecke für die mittelständlichen Kreditgenossenschaften und Genossenschaftsbanken geworden. Nach den Zusammenbrüchen in Darmstadt und Höchst sowie einer Anzahl kleinerer Insolvenzen ist jetzt die Frankfurter Genossenschaftsbank in Schwierigkeiten geraten. Die Dresdner Bank wird das Institut mit allen Aktiven und Passiven übernehmen. Bei rund 4500 Mitgliedern betrug der Kreditorenbestand 15 Millionen Mark, das Eigenkapital stellte sich auf 2,3 Millionen Mark. Die Schwierigkeiten dieser Genossenschaftsbank sind durch die anhaltend starken Abhebungen durch die Sparer und anderen Gläubiger verursacht. Schon vor der Juli-Krise erreichten die Abhebungen im laufenden Jahr etwa eine Million Mark. Nach den Zusammenbrüchen großer Kreditbanken hat die wachsende Illiquidität zu verstärkten Abhebungen geführt, so daß die Bank der Situation nicht mehr gewachsen war. Im Einvernehmen mit dem Deutschen Genossenschaftsverband und dem zuständigen Revisionsverband wurde daher die Verschmelzung mit der Genossenschafts-Abteilung der Dresdner Bank beschlossen.

Diese Vorgänge bei der Frankfurter Genossenschaftsbank fallen mit einer Aktion der Kreditgenossenschaften zusammen, die eine Rückendeckung durch die Reichsbank mit Hilfe vermehrter Wechseldiskontierung erstrebt. Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Kreditgenossenschaften ähnlich wie Banken und Sparkassen unter dem Druck starker Abhebungen stehen, ohne in der Lage zu sein, ihre Vermögenswerte zu mobilisieren.

Es besteht jedoch kein Zweifel, daß zwischen Sparkassen und Kreditgenossenschaften Unterschiede von entscheidender Bedeutung bestehen, daß eine allgemeine Reichsbankunterstützung durch erweiterte Diskontierungsmöglichkeiten gewissen Bedenken begegnen muß. Gewiß gibt es eine große Zahl von Kreditgenossenschaften, die mit größeren Vermögenswerten im Hintergrund nur vorübergehend illiquide geworden sind, gewiß ist das Kreditgenossenschaftswesen im großen und ganzen noch als gesund anzuspüren, aber die Vorgänge der letzten 1 1/2 Jahre haben doch gezeigt, in welchem Umfang Kredite dieser Institute in genossenschaftsfremde Geschäfte gesteckt und verloren wurden. Die Zahl der Zusammenbrüche ist zwar im Vergleich zu dem Gesamtbestand noch gering geblieben, aber die bei den einzelnen Insolvenzen zutage tretenden Mängel in der Geschäftsführung und in der Kontrolle lassen es notwendig erscheinen, daß die Reichs-

bank und Regierung nur unter sorgfältiger Siebung und unter Anwendung schärfster Sicherheitsmaßnahmen diesem Projekt näher treten.

### Krisenverschärfung in Frankreich.

Ein deutliches Bild von der rasch schlechter gewordenen Wirtschaftslage Frankreichs geben die Produktionsziffern der 45 großen Elektrizitätsgesellschaften, die insgesamt etwa zwei Drittel der gesamten französischen Elektrizitätswirtschaft umfassen. Im April betrug ihre Erzeugung noch 737, im Mai aber nur 710 Millionen Kilowattstunden. Die Aprilleistung um nicht ganz 12 Proz., die Maileistung dagegen bereits um mehr als 17 Proz. niedriger als die Erzeugung im gleichen Monat des vergangenen Jahres. In dem stärkeren Rückgang spiegelt sich die verminderte Tätigkeit der Industrie anschaulich wider.

Auf dem Trümmerhaufen der Nordwollepleite. Die Kammgarnspinnerei Kaiserslautern, ein zum Nordwollekonzern gehöriges und bis in die letzte Zeit gut beschäftigtes Unternehmen, hat jetzt die Grundlagen zu seiner Sanierung geschaffen. Man erwartet die Fertigstellung der Bilanz für das Geschäftsjahr 1930 bereits im nächsten Monat, der die Einberufung der Generalversammlung auf dem Fuße folgen dürfte. Der Abschluß für 1931 soll bereits in den ersten Monaten des nächsten Jahres fertiggestellt werden. — Die Sanierung der Gesellschaft hat außerordentlich harte Maßnahmen notwendig gemacht. So wird das Kapital von 4 Millionen auf 100 000 Mark, also im Verhältnis 40:1, zusammengelegt, d. h. eine Tausendmark-Aktie wird auf 25 Mark heruntergestempelt. Zur Beschaffung neuer Betriebsmittel soll sodann eine Erhöhung des Kapitals auf 2 bis 2,25 Millionen beantragt werden.

Papierproduktion bleibt rentabel. Die Ammendorfer Papierfabrik A.-G. kann auch für das am 30. Juni zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1930/31 auf ihr Kapital von 5 Millionen eine Dividende von 6 Proz. (i. B. 10 Proz.) zur Verteilung bringen. Die Gesamtproduktion des Unternehmens ist mengenmäßig um 7 Proz. gegenüber dem Vorjahr gesunken; da aber die Produktionsmöglichkeit durch weiteren Ausbau der Anlagen erhöht wurde, sind die Vorräte an Fertigfabrikaten gestiegen. Die Preisentwertung für den wichtigsten Rohstoff, Holz, brachte noch keine Senkung der Herstellungskosten, da große Rohstoffvorräte gehalten werden mußten. An den Holzbeständen wurden erhebliche Verluste erlitten. Trotz des rückläufigen Absatzes trotz der Revidierungen zeigt die Bilanz ein ähnlich günstiges Aussehen wie im Vorjahr. Die Bankguthaben und Forderungen haben sich sogar noch etwas erhöht und sind mit 2,6 Millionen Mark doppelt so hoch wie die Schulden von 1,3 Millionen Mark.

Zementabsatz bleibt auf keinem Tiefstand. Auch im September hat sich in der Zementindustrie die Lage nicht im geringsten gebessert. Der Absatz hielt sich mit 343 000 Tonnen auf dem Tiefstand des vorhergehenden Monats. In dem gleichen Monat der beiden vorhergehenden Jahre konnte der Gesamtabsatz noch 510 000 bzw. 728 000 Tonnen erreichen. Gegenüber dem September 1929 ist also der Zementabsatz im vorigen Monat um rund 53 Prozent gesunken.

Frachtermäßigung für Obstverland. Im weitesten Schichten der Bevölkerung bei der diesjährigen guten Obsterteil Gelegenheit zu geben, sich für den kommenden Winter reichlich mit Obst zu versorgen, gewährt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft vom 1. Oktober bis 30. November 1931 für den Stückgutverkehr von frischen Äpfeln, Birnen und Blaumen (Zweifelhgen) einen Frachtnachlass, der in den hauptsächlich für diesen in Frage kommenden Entfernungen und Gewichtsmengen ungefähr 30 Prozent beträgt.

### Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Gruppe rechts, zu richten.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Sonnabend, 17. Oktober:

- 7. und 8. Kreis. Zweitägige Sprechstunde von 17-18 Uhr im Jugendheim Rosenstr. 4. Gelegenheit zum Kirchenbesuch!
- 13. Kreis. 20 Uhr veranstaltet der Arbeiter-Turnverein anlässlich seines Stiftungsfestes einen geselligen Abend in Gohlis Park, Marienpark, Gohlisstr. 43. Eintritt 50 Pf. Dienstag, 20. Oktober, 20 Uhr, Eröffnung einer Frauenabteilung in der Schule Kienberg, Kienbergstr. 10. Die Genossinnen und Genossen werden um rege Beteiligung gebeten.
- 27. Wkt. Arbeitsgemeinschaft der jüngeren Parteigenossen. 18 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim Oberstr. 12. Vortrag des Genossen Edwin Dehlinger. Alle jungen Parteigenossen von 18 bis 30 Jahren sind dazu eingeladen.
- 102. Wkt. Der Volkschor Sülbfen feiert heute im Platanengarten sein 25jähriges Stiftungsfest. Da sich der Chor bei Parteiconferenzen zur Verfügung stellt, erlauben wir die Genossen an der Veranstaltung teilzunehmen. Abteilungsleiter.
- 103. Wkt. 20 Uhr in Mitten Waldschützen öffentliche Kundgebung. Reichsarbeitsminister a. D. Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolf Wissell spricht über das Thema: „Der trittet das deutsche Volk“

Morgen, Sonntag, 18. Oktober:

- 6. Wkt. 10 1/2 Uhr Sitzung des Volkswachens. 9 1/2 Uhr Festprobe in den Schiedler Feldern, Schiedler Str. 23.
- Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Kreis Neukölln. Festfeier. Wir geben heute, Sonnabend, auf Fahrt. Treffpunkt 10 1/2 Uhr am Bahnhof Neukölln. Umfassen 1. M. am Montag ist ab 18 Uhr Arbeitstunde in der Borade. Die Zahlung für unseren Fahrgeldfonds muß von allen Gruppen geleistet werden. — Gruppe Lichterfelde. Jungfrauen. Heute Fahrt zur Schwimmbad Jugendherberge. Treffpunkt heute, Sonnabend, 16 Uhr, Bahnhof Neukölln.
- Kreuzberg. Gruppe Bergmannstr. Mittwoch, 21. Oktober, 20 Uhr, Gruppenfestfeier in der Parkstraße.
- Charlottenburg. Kreisleiterfahrt Sonntag, 18. Oktober. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Bahnhof Jungfernheide.
- Wilmersdorf. Aktion! Sonntag, 18. Oktober, 15 Uhr, großer Reisesport-Radmittag in der Schulaula Stadtdörfer. Treffpunkt Jugendheim Unterstr. 12 um 14 1/2 Uhr. Mitts trifft sich 14 Uhr. „Rote Erde“.
- Kreis Wedding. Morgen, Sonntag, kommen alle Rote Falken ins Jugendheim Schönheidestr. 1. Lichtbilder der schönen Mark Brandenburg. Anfang 15 Uhr.

### Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Die Wandzeitungskonferenz läuft am 21. Oktober aus. Auch in dieser Zeit 2. Abend der Sonderabteilung der Volkshilfe muß am Sonntag ausfallen, da der Autor H. A. Gammle von „Kampf und Arbeit“ erkrankt ist. Rüdiger Kermin wird an dieser Stelle bekanntgeben.

„Kampf und Arbeit“, Sonderausstellung der Volkshilfe am 1. November, 15 Uhr, in der Volkshilfe, Aarten zu 50 Pf. sind für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren erhältlich.

Heute, Sonnabend, 17. Oktober:

- Zehlendorf. Fahrt. 18 1/2 Uhr Bahnhof Zehlendorf-Mitte. — Neukölln IX: Fahrt mit der Kinderturngruppe „Quelle“, 17 1/2 Uhr Bahnhof Bergmannstr. Umfassen 1. M. — Panlow (N.-S.): 19 Uhr Funktionärsversammlung beim Genossen Weidte, Panlowstr. 61. — Lichterberg-Nord: Parteifeier bei Tempel.
- Herdeberg. Kiergarten: 18 Uhr pünktlich Leben neuer Kampflieder im Heim Lehner Str. 18-19, Zimmer 2.
- Herdeberg. Obersee und Neukölln: Arbeitsfahrt der Bildungsausschüsse und der Werbeleute. Treffpunkt 17 und 20 Uhr Bahnhof Neukölln.
- Herdeberg. Reinickendorf: Fortanstellung mit den Jugendleiterinnen um 19 1/2 Uhr in Reinickendorf-Ost, Lindauer Straße. Alle Abteilungsleiter müssen wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung rechtzeitig sein. Morgen Bildungsausschuss im Jugendheim Mittenau, Hauptstr. 13, 19 Uhr pünktlich. Vortrag: „Die verschiedenen Parteien Deutschlands“, Redner: Paul Bernheim.

Morgen, Sonntag, 18. Oktober:

- Gummlig: 16 Uhr Funktionärsversammlung bei Karl Finning, Bunderstraße 17. — Gollan: Fahrt. 7 Uhr Pannlawer Usee Ode Straße. — Sportplatz: Fahrt. 6 1/2 Uhr Bahnhof Bismarckstr. — Gollan: Fahrt. 7 1/2 Uhr „Rote Erde“, 8 Uhr Wannseebahnhof. — Südwest: Führung durch Alt-Berlin, 8 Uhr Bismarck-Platz.
- Herdeberg. Prenzlauer Berg: Außerordentliche Delegiertenkonferenz um 18 Uhr im Altersheim, Damsiger Str. 62.

### Theater, Lichtspiele usw.

**Staats Theater**  
Sonnabend, den 17. Oktober  
Staatsoper Unter den Linden  
20 Uhr  
Die Entführung aus dem Serail  
Staats Schauspielhaus  
Gesamtwahl.  
20 Uhr  
Peer Gynt  
Schiller-Theater  
Charlottenburg.  
20 Uhr  
Doktor Klaus

**Winter Garden**  
8.15 Uhr Flora 3434 Raubes erlaubt  
Nicholls, Maria Ney, Napoli, Handy - Bandy, Blasi & Remo, Walter Carlos zeigt Rumba, 3 Albertos usw.  
Sonnabend u. Sonntag 2 Vorabteile 4 und 6 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

**SCALA**  
Tgl. 8 u. 8 1/2 Uhr  
Bernard Etté  
Grace du Faye  
Monser José  
Austel & Arthur  
4 Bronnoffs usw.  
Paul Nikolaus  
kanferiert.

**PLAZA**  
Tgl. 8 u. 8 1/2 Uhr  
Sonnt. 2, 8, 8 1/2  
Dis  
Schlag-Operette  
„Gräfin Mariza“  
Dirg.-Fettler-Innenberg.

**HAUS WATERLAND**  
KURFÜRSTENDAMM  
Tägliche  
Feinvergnügen  
Restaurant  
Berlins  
BETRIEB  
KEMPINSKI

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr, Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr  
Das neue Programm  
der  
Stettiner  
Die 3 Komiker  
ritton  
Borrmann  
Bauer  
Nachmittags ermäßigte Preise.

**GROSSES THEAT**  
TÄGLICH 8 UHR  
REGIE  
Im  
CHARELL  
Weissen Roul  
DER WELTERFOLG!  
Heute 8 Uhr  
Jubiläumsvorstellung  
zum  
300 X  
sonntag nachmittags  
BILLIGE PREISE

**Internationales Theater**  
(Kleines Theater) Unter den Linden 44.  
8 1/2 Uhr:  
Flucht vor Michael.

**ROSE-THEATER**  
Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 8.15 U.  
Mittwoch, Sonnabend und Sonntag 6 u. 9 U.  
„Frühling im Wiener Wald“  
Singspiel von Dr. Leo Ascher.  
Große Frankfurter Straße 132  
Vorverkauf Täglich 11-1 und 3-9 U. E. 7, 34, 22.

Auscheiden!  
**Zentral-Theater**  
Alte Jakobstr. 30-32  
Täglich 8 1/2  
Sonntag auch 5 1/2  
Schwarzwaldd-  
mädel  
Grand Sum, Harry Gend  
GutsMuths Parkstr. 50 Pf.  
Sonnabend 4 Uhr.  
Sonntag 3 Uhr  
Fridolin im  
Wärschenland.

**Städt. Oper**  
Charlottenburg  
Bismarckstraße 34  
Sonnabend, d. 17. 10.  
Turnus IV.  
Anfang 20 Uhr  
**Bohème**  
(Neueinstudierung)  
Ende gegen 22 1/2 U.

**Volksbühne**  
Theater an Blüchplatz  
8 Uhr  
**Das vicrie Gebot**  
Städt. Schiller-Theater  
8 Uhr  
**Doktor Klaus**

**Theater des Westens**  
Täglich 8 1/2  
**Das Dreimäderlhaus**  
Musik von Schubert  
Preise v. 50 Pf. an  
Sonntag 4 1/2 Uhr  
**Viktoria und ihr Husar**

**Deutsches Theater**  
Täglich 8 Uhr  
**Kabale und Liebe**  
von Schiller  
Regie: Max Reinhardt  
**Die Komödie**  
8 1/2 Uhr  
Neu zum 25. Male  
**Rückkehr**  
Komödie v. Donald Stewart  
Regie: Gustaf Gründgens.

**Kurfürstendamm-Theater**  
Bismarck 44b/4  
8 1/2 Uhr  
**Die schöne Helene**  
von Jacques Offenbach  
Regie: Max Reinhardt.  
**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr  
**Thron zu vergeben**  
Operette v. Neidhart  
Musik v. Wittmann  
Leuz, Elster, Lillien.  
Preise: 0,50-7,- M.

**Metropol-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Sonntags 4 u. 8 1/2 U  
**Die Blume von Hawaii**  
Operette v. Abraham  
Preise 0,50-14,50

**Planetarium**  
Tägl. außer Montags  
3 und 9 Uhr  
**Maha-Film**  
5 und 7 Uhr  
**Simba-Film**  
6. astronom. Vortrag

**Theater im Admiralspalast**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Die Dabarry**  
mit  
**Gitta Alpar**  
Preise v. 0,50 M. an

**Theater am Nollendorfplatz**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Sonntag nachm. 4 Uhr  
**Max Adalbert**  
in:  
Der  
beschleunigte  
Personenzug  
Sonntag nachm. halbe Pr.

**Lessing-Theater**  
Dir. Dr. Robert Klein  
Weidenstr. 284b, 275f.  
8 1/2 Uhr  
**Der letzte Equipage**  
Homoika,  
Brausewetter, Sand-  
rock, Falkenstein

**Pumpen, Schrauben, Filter, Kurbeltriebe**  
Preisliste gratis  
Koblanck & Co.  
Pumpenfabrik  
BERLIN N 65,  
Reinickendorfer Str. 95  
**KLEINE ANZEIGEN**  
In der Gesamttafel  
des „Vorwärts“ sind  
besonders wirksam  
und trotzdem  
sehr billig!

**Unsere Antwort an die KPD.**  
Die „Norddeutsche Zeitung“, das kommunistische Organ für die Wasserkante, Hamburg, bewirft in ihrer Nummer vom 22. September wie zu erwarten, den Verfasser der Schrift

**„Im Dienste der kommunistischen Terror-Organisation“**  
spaltenlang mit Dreck. Wir verstehen durchaus, daß der KPD, ob dieser sensationellen Tatsachenveröffentlichung der Schreck in alle Glieder gefahren ist.

**Es ist in der Tat eine Bombe geplatzt, und zwar mit einem nie geahnten Bombenerfolg!**  
Von der ersten Massenaufgabe (am 19. September erschienen) in den ersten drei Tagen

**60 Prozent verkauft!**  
Da außerdem das 160 Seiten starke Buch nur

**1.- Mark**  
kostet, wird es bestimmt von Zehntausenden gekauft und so in Massen die Wahrheit über den arbeiterfeindlichen Charakter der KPD. verbreitet werden.

Zu beziehen durch die Buchhandlung  
**J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.**  
Abtlg. Soriment, SW 69, Lindenstr. 2  
sowie durch sämtliche „Vorwärts“-Ausgabestellen und deren Botenfrauen







# Max Dortu: Auf der Chaussee

Mein Motorrad ist längst kaputt — aber meine Liebe zur Chaussee ist nicht kaputt. Und mein linker Arm ist kaputt, ich bin von einem Lastauto überfahren, ich habe nur noch einen Arm — aber ich habe noch zwei Beine — und das ist immerhin ein großes Glück. Ich kann wandern — frei und lustig über die Chaussee hinaus, durch die Täler, über Berge. Und sie kennen mich alle, meine Freunde von der Landstraße: die Wegewärter! Hallo, Max — heißt es, mal wieder auf der Tour bei diesem Wetter, sage ich: so recht ein Wetter nach meinem Geschmack — Sturm und Regen, mal 'n bißchen Sonne, mal 'n bißchen Hagel — frei durch die Welt — Arm in Arm mit allen Bagobunden: mit Walter von der Silberweide, mit Hutten, Vitaipe, Wilson, Peter Hille, Wenspiegel und Götz Goethe — Sturm, blase ins Jagdhorn — wir jagen die grauen Büffel, die da in großen Herden über den Himmel traben: die Wi-Wa-Wolken! Und die Trägheit jagen wir, die Trägheit der Gedanken und des Blutes, Jäger sind wir: unserer Pfeil — jeder Rückständigkeit mitten ins Herz!

Wie schön es jetzt im Herbst auf der Chaussee ist, die Apfelbäume hängen voller braunroter Früchte, an den Vogelbeerbäumen blühen die dichten reifen Korallenbüschel. Blaue Perlen: Zwetschen. Und der Duft der gelben Birnen. Durch die Tannen geht ein tiefes Geheule. Im Eichenwald tören die Hirsche. Raben wandern durch die Luft, nordhin — südhin aber fliegt der spitze scharfe Keil, die wilden Schwäne. Mein Groshüpfer, singe, das Leben ist schön — heute sind wir glücklich, in diesem Augenblick genießen wir das Leben — frei, froh, gemeinsam! Alles, was da ist auf der Welt, bildet eine große Solidarität — wenn das Herz die Bindung vollbringt. Tag, Genosse Straßenwärter — na, ist die Laune günstig? Noch Freude am Leben? Ei, gewiß.

Und wir kommen ins Gespräch, den Buckel gegen den stürmenden Wind — pummelnd: da fallen zwei Äpfel. Frage her — Frage hin. Wie der Winter wird — soll ich sagen: ja, froh wird er, der Winter, die Armeen werden den Hungerriemen noch etwas anziehen müssen — aber schließlich, im Krieg war's noch schlimmer. In den Parlamenten, unsere Genossen — sind nicht stumm! Sie kämpfen um die Sozialrechte des Proletariats.

Ein Auto — rrrr, es hält: Max, steig ein! Na, nicht in die Tüte, zu Fuß will ich laufen — was hab ich von der Sauerei, und ich sage nicht gern danke! Auto — ab! Genosse Straßenwärter, ich weiß — und er präsentiert, mit der blanken Schaufel. Ich weiß, er ist ein treues Verbandsmitglied, jede Frage ist da überflüssig. Übrigens, sie sind alle organisiert, im Gesamtverband, meine Freunde und Kameraden von der Chaussee. Horche, der Ruf des Rufführers — vom Waldbrand her: na, Herr Häber, ich gehe nicht an deine — Rufe, streite da mit der Eichel. Es fällt ein wenig Regen — Kraken hoch — und es wird eins gepiffen — Kopf gegen den Sturm. Weiß und rot hüpfen die Straßensteine: vorbei — es geht um die Kurve!

Und da stehe ich schon wieder bei einem dritten Kollegen, bei einem anderen Straßenwärter, oben am Bergbuckel, wir haben uns ein wenig unter die breiten Schirme der Kiefern gestellt — des Regens wegen — aber hinten wird der Himmel schon hell — Silber taucht unterm Grau auf, am Himmel, der Sturm zerhaut die Wolken — der Himmel wird hellig und würfelig — ich will, laßt der Westwind durch die Kiefern, die Stämme leuchten orange. Und er fragt mich, Kollege Straßenwärter: Max, is das wahr von Spanien? Jamohl, Spanien hat sich zur „Arbeiterrepublik“ erklärt, unter sozialistischer Führung. Und den Krieg hat das spanische Parlament als Unkultur für immer aus der spanischen Politik verworfen — nicht mehr Krieg als letzte Abrechnung — sondern Verständigung über Streitfälle. Ja, Spanien — uns beiden leuchten die Augen vor Freude — als nächstes kommt Italien dran. Der Mussolini wird dem Alfonso nachmarschieren. Hoo — der Sturm — ich will — evviva Italia libera! Freie Chaussee. Freie Straße für alle Völker! Adjes, Genosse — grüße mir dein Dorf. Und Treue zum Verband! Natürlich — immer.

Weiter wandere ich — glücklich durch Sturm und Wetter. Das

Tal, die alte Römerbrücke. Der Strom, Schokoladenbraun, vom vielen Regen. Und ein weißes Dorf — die Gänse schnattern mir nach — im Wirtshaus 'nen Schnaps — und weiter, weiter, weiter. Das Blut treibt, ich kann nicht rasten — wenn der Sturm geht, dann will das freie Blut mit.

Umleitung. Die Chaussee. Auto links rum! Ich aber gehe gerade aus. Die Straße ist aufgerissen, sie wird betoniert. Eine Betonkolonne ist bei eifriger Arbeit. Amerikanisches Tempo. Ei, Gewitter — wird denn die Treiberei auch auf der Chaussee? Rode? Na, es is nur von wegen dem Afford. Gut, aber macht draus keinen Nord. Bleibt immer würdevolle freie Menschen. Treibt euch nicht selber an — aus Affordsucht!

Und nun stehen sie alle um mich herum — die Betonarbeiter von der Chaussee — seid ihr denn auch vom Verband, Freunde? Verband, Verband, ja, früher mal, und dann — wir sind doch vom Dorfe. Und wenn ihr jehtmal vom Dorfe seid — dann habt ihr nicht weniger Solidaritätsinteressen als die Arbeiter in der Stadt. Der da sympathisiert mit Hitler — ein bißchen höhnisch ward das gesagt — und er wird knallrot, der so Betuppte, er sympathisiert — is nicht wahr, is nicht wahr — sagt er, ich war nur aus Neugierde auf der Versammlung — und zum Zeichen, ich gehe in den freien Verband! Die anderen jagen auch Ja. Die zwei Vorarbeiter kenne ich — sie sind aus der Stadt, längst organisiert — gewiß, sagen sie: Wir bringen Aufnahmeheime mit — für alle!

Und unter Sturm und Reden schwächen wir noch ein Beißchen — dem Afford zum Trotz. Unsere Sprache und unser Gefühl deutet und sieht die große Arbeiterarmee auf dem Vormarsch — die siebenmal Hunderttausend freien Arbeitssoldaten, vorneweg rote Weltensoldaten — die Armeen der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personals und Warenverkehrs marschieren — hin zur Million Mitglieder! Werben, werben, Genossen — die Arbeiter der Chaussee gehören zu uns: alle, alle! Ja, wir kommen. Die Hand zur Treue: dreifachmal fühle ich den Druck. Adjes, Frei-Deutschland!

Und wieder wandere ich, einsam und doch nicht einsam — Frau Einsamkeit ist die geschwägigste Gefährtin. Einsam bist du den Menschen am allernehmsten. Der Sturm geht klatschend über die fahlen Acker — aus der Höhe klingt der scharfe Schrei des Habichts. Blaue Meisen pfeifen ganz keise im Tannenstaud — kaum hörbar unterm Sturm. Es duftet nach Thymian und Schafgarbe — die bunten Kräuter der Chaussee. So viel Schönheit ist da.

Nachmittag. Ich bin nah. Wieder: Umleitung! Chausseebau. Diesmal ein Teerstück. Unten wird Schotter neugelegt. Hallo — guten Tag zur rechten und linken! Wir kennen uns — ja, altorganisiertes Chausseepöbel, hier brauchst nicht werben. Hier steht roter Granit. Die Dampfwalze — Maschine und Heizer — ja, ich stelle mich mit ihnen gegen das Feuer — ich bekomme heißen Kaffee — wir stopfen die Pfeifen, wir reden: von England und Indien, von Brasilien und Kanada und Texas, von Börsen, Gold, Gandhi, Kaffee, Weizen und Wolle und Papulen reden wir — Proleten von der Landstraße — durch Verband und Partei aber zu wissenden und kühn wollenden Menschen erzogen — mit Interesse an Weltwirtschaft und Völkerverständigung! Weise sieht die Lokomotive, das Rotweil der Dampfwalze — der Regen klatscht aufs kleine Wellblechdach — eng aneinander haben wir uns geschmiegt: in Sturm und Witter ein kleines Häufchen pulsierendes Lebens — Sozialisten und Kämpfer, interessiert an allem Menschlichen. Wolter von der Silberweide singt uns sein Volkslied — „Unter den Linden, auf der Heide!“ Mitten triumphiert auf: „Ach hab's gewagt!“ Vitaipe freie Chausseelieder. Resolte gegen die Kriege! Wilson, der Pariser Rebellenjäger um Anno 1450. Peter Hille, der Philosoph der Landstraße, halber Komantier — halber Carmagnole. Und der Wenspiegel is hier — mit Schellentappe und Dudelsack, die Weisheit im Karrenkleid. Und da — Handschlag — der Götz, der junge stürmende Goethe: der Straßenläufer, auch er ist bei uns — alles Brüder der Chaussee — alles, was frei im Herz und in der Seele ist — das horcht mit uns auf den Choral des Sturms. Genosse: drei Schippen Kohle ins Feuer — die Dampfwalze!

# Weare Holbrook: Tiere gaffen uns an!

Immer wieder wird die Jugend auf die Ameise als leuchtendes Beispiel des Fleißes hingewiesen, und diese betriebenen Tiere scheinen sich solcher Egrung vollaus bewußt zu sein. Denn ihr Geben entbehrt nicht eines gewissen Exhibitionismus. Sie wissen, daß sie beobachtet werden, und ich kann den Verdacht nicht loswerden, daß sie sich, wenn ihnen niemand zusieht, genau so wie Menschen dem Mühsiggang ergeben. Professor Leonidas Schwumpf zum Beispiel berichtet, daß die blaugelbte Tanaquil-Ameise ihre ganze Zeit damit verbringt, von Dattelpflaumenbäumen die Rinde abzuschälen und sie in die Erde zu vergraben. Der Gelehrte erzählt, daß er zu diesem Schluß gelangt sei, nachdem er mehrere Stunden auf einem Baume gesessen und eine Tanaquil-Ameise durch ein Fernrohr betrachtet hatte. War nun Professor Schwumpf in der Tat berechtigt, eine solche Behauptung aufzustellen? Nein! Ich möchte wetten, daß die blaugelbte Tanaquil-Ameise, nachdem der Professor nach Hause gegangen war, sich gesagt hat: „Gott sei Dank, daß dieser langweilige Burche mit seinem Fernrohr endlich verschwunden ist!“, und daß sie dann den Rest des Tages hindurch keine Arbeit mehr angerührt hat.

Ein richtiges unvernünftiges Tier sieht weit lieber einem Menschen bei der Arbeit zu, als daß es selbst arbeitet, wodurch bemerkt erscheint, daß es doch nicht so unvernünftig ist. Wenn man auf der Landstraße eine Panne erleidet, dann werden sofort die Pferde und Kühe auf den benachbarten Wiesen mit dem Grafen aufgehört, um die Bemühungen, den Wagen wieder in Gang zu bringen, zu betrachten. Kein Zweifel, daß sie die Lebensgewohnheiten des sonderbaren Wesens Mensch betrachten! Besonders Pferde legen ein unverkennbares Interesse für das Leben und Treiben der Menschen an den Tag. Dieser Umstand dürfte auch die Erfindung der Scheuklappen notwendig gemacht haben. Das Interesse der Pferde für Motorräder und junge Damen auf Fahrrädern ist so lebhaft, daß sie sich nur schwer dazu bewegen lassen, an jenen vorbeizugehen. Die Pferde pflegen vielmehr einen temperamentvollen Bogen zu machen, um die sonderbaren Erscheinungen besser betrachten zu können.

Sehr verbreitet ist die Meinung, daß Flora und Fauna der Wald-einsamkeit die dichterische Inspiration beflügeln, und — wenn man den Illustrationen unserer verbreiteten Zeitschriften und Magazine glauben darf — alle unsere literarischen Größen allsommerlich in den Schoß der Natur zurückkehren. Ich kann aber nicht glauben, daß sie ihre unsterblichen Werte wirklich in der Wald-einsamkeit schaffen. Nehmen wir zum Beispiel an, daß Sie selbst während Ihres Sommerurlaubs plötzlich von Schreibwut befallen werden. Sie entschließen sich, in irgendeiner idyllischen Umgebung ein Sonett niederzuschreiben, nehmen Ihre Füllfeder, ein paar Blätter Papier und stürzen sich in den Wald. Nach einer halben Stunde gelangen Sie an eine Lichtung, die Sie als idyllisch bezeichnen zu können glauben. Sie setzen sich auf den Boden, schrauben Ihre Füllfeder auf, legen das Papier auf Ihre Knie und schreiben das Wort „Sonett“ nieder. Dann betrachten Sie aufmerksam eine verrostete Sardinienbüchse im Gestrüpp und fahren fort:

„O, düstre Größe dieses alten Horns...“

Aber der Boden ist sehr hart. Vielleicht wäre es erträglicher, sich aufzustützen. Sie stützen sich auf den rechten Ellbogen und die Sonne scheint Ihnen in die Augen. Sie rollen sich auf den Bauch, nehmen ein neues Blatt Papier und schreiben:

„O, düstre Größe dieses alten Horns, Wie sehr gleicht du...“

Die Schnalle Ihres Gürtels übt einen stets unangenehmen Druck auf Ihre Eingeweide aus. Nun stützen Sie sich für eine Weile auf Ihren anderen Ellbogen. Nach einer halben Stunde haben Sie den alten Horn in eine alt-Epische abgeändert, weil sich sonst kein vernünftiger Reim finden läßt, und leichter Kopfschmerz macht sich bemerkbar. Sie kriechen in den Schatten und lehnen sich gegen einen Baumstamm. Aber hier gibt es Rücken und Stechfliegen. Sie begeben sich daher wieder in die Sonne und lehnen sich gegen einen Stein. Noch bevor Sie den passenden Reim auf „Eiche“ gefunden haben, entpuppt sich dieser Stein als der Privatbesitz einer Kolonie zwar kleiner, aber betrieblicher Ameisen. Eine von ihnen, die Vorkämpferin ihres Stammes, klettert an Ihrem Rücken empor, schmirrt über die Spitze Ihres linken Ohrschläpplens zu. Beim Versuche, den Vorposten in die Flucht zu schlagen, fällt Ihnen die Füllfeder auf den Stein. Während Sie die auseinandergebrochenen Teile zusammenlefen, trägt Ihnen ein Windstoß das letzte Blatt Papier davon. Nun ist nichts mehr zum Schreiben da — auch wenn Sie etwas zu schreiben hätten. Sie können wieder nach Hause gehen. Das Sprichwort „Geh zur Ameise, du Fauler, und lerne von ihr!“ enthält, wie jeder Faule weiß, einen höchst überflüssigen Ratsschlag. Man braucht sich vielmehr nur irgendwo in der freien Natur niederzulegen, und die Ameise wird schon von selber kommen.

(Berechtigte Uebersetzung von Leo Kottin.)

# Das Meer der Neger

Zwischen dem 10. und 20. Breitengrad liegt das Karibische Meer. Es wird im Norden von den schönsten Inseln der Welt begrenzt: Kuba, Haiti, Jamaika, Portorico. Im Westen liegt die zu Mexiko gehörende Halbinsel Yucatan und ferner die Republiken Honduras, Nicaragua, Costarica, im Süden Panama, Columbia, Venezuela, Brasilien. Zahllose britische, französische, nordamerikanische Besitzungen liegen im Gebiet des Karibischen Meeres, das man als das Mittelmeer der Neuen Welt bezeichnen kann.

Es ist nun merkwürdig, daß die Vernegerung dieses großen Siedlungsraumes offenbar in vollster Entwicklung ist. Nichts scheint den Prozeß aufhalten zu können. Einzelne heroische Bemühungen werden als hoffnungslos beurteilt. So hat die Dominikanische Republik (auf Haiti) strenge Vorschriften gegen die Negerwanderung erlassen. Das „Schwarze Haiti“ auf der gleichen Insel, eine selbständige Republik, hat aber 100 Einwohner je Quadratkilometer, während das zu 75 Prozent weiße Domingo nur 20 Einwohner je Quadratkilometer hat. Der Drang nach Domingo ist also naturgegeben. Aber so ähnlich steht es rings um das ganze Karibische Meer. Es wird kein Jahrhundert vergehen, bis dort der weiße Mann ganz zurückgedrängt sein wird. Es wird dann der ganze mittlere amerikanische Kontinent von St. Louis am Mississippi bis zur Nordküste von Südamerika ein schwarzer Erdteil sein.

Tropische Pflanzenwelt auf den Güterbahnhöfen. Eine botanisch-wissenschaftliche Untersuchung der Umgebung der Güterbahnhöfe des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hat 672 verschiedene tropische und subtropische Gewächse ergeben, die mit Warensendungen eingeschleppt und in der Umgebung sich eingebürgert haben. Besondere Ackerpflanzen südamerikanischer, südamerikanischer und australischer Pflanzen haben Wurzel gefaßt, die aller Voraussicht nach mit Warensendungen eingeführt worden sind. Andere Pflanzen stammen aus Vogelstreuungen, und mit Riesmuscheln sind Salz- und Strandpflanzen eingeführt worden. Eine Reihe Gewächse aus den südlichen Mittelmeergebieten sind mit Fruchttransporten in die Umgebung der Güterbahnhöfe gelangt.

# Fritz Wiejenberger: Im Glasbläserdorf

Wir hatten am Tage vorher die Schokoladenfabrik in Soalfeld besichtigt und waren erstaunt über die riesenhaften Anlagen und großen Bauten, über den Mechanismus, der täglich Zehntausende von süßen braunen Schokoladentafeln zur Welt bringt. Am Nachmittag hatten wir das herrliche Schwarzwald durchwandert, ein Bad in der kristallklaren Schwarza genommen, und einige Stunden später warfete die Bimmelbahn mit uns von Schwarzburg nach Reubaus. Bei eintretender Dunkelheit wurde der Kennstieg überschritten, und spät am Abend stiegen wir in das Tal hinab, wo vereinzelt Häuser die Häuser von Kaufscha erkennen ließen. Wir waren stark ermüdet; aber der Gasthof lag oben auf dem Berge. Noch eine dreiviertelstündige Wanderung bergauf mußten wir also in Kauf nehmen.

Ein regnerischer Tag ist angebrochen. Unsere Gastgeber haben uns gut bewirtet. Wir sind überhaupt erstaunt über das muntere rege Leben im Gasthof. Schon ganz früh sind die „Koten Falken“ aus Sonneberg gekommen, es wimmelt von ihren blauen Kitteln, und das lustige Gezwitscher ist im ganzen Haus zu hören.

Dann steigen wir ins Dorf hinab. Ein feiner Sprühregen rieselt hernieder. Das trübe Wetter, die grauen Schieferdächer der Häuser unten im Dorf und die mit Kiepen beladenen Männer und Weiber, die heute am Wochenende wohl einkaufen wollen, erzeugen eine seltsam gedrückte Stimmung. Auch durch das Hochzeitspaar, das eben aus der auf halber Höhe des Berges legenden Kirche kommt, wird dieser Eindruck nicht befreit. Im Gegenteil, man kommt zu dem Ergebnis, daß das Kennzeichen der Armut und der Not nicht immer die schlechte Kleidung und die schlechte Aufmachung zu sein braucht. Auch diesem Brautpaar haftet etwas an, was man überall hier vorzufinden glaubt und was im Grunde Armutlichkeit und Not zu sein scheint.

In den Fenstern sieht man überall Glasfiguren, Spielzeug usw., das zum Verkauf anhängt. Die Geschäfte scheinen alle an einem bestimmten Flag zumankelgeleitet worden zu sein. Dort ist die Filiale einer Kolonialwaren-Großfirma, und etwas abseits liegt das Grüntrangegeschäft. Mehr scheint außer dem Bäcker und dem Freiseur nicht vorhanden zu sein.

Eigentlich besteht das Dorf nur aus drei Straßen. Eine liegt im Tal, und die beiden anderen führen auf die Berge hinauf. Wir stehen jetzt im Tag auf der „Geschäftsstraße“. Die Männer und Weiber mit den Kiepen scheinen auch hier das Straßenbild zu beherrschen.

Wir fragen nach der Glasbläserei. Es ist wieder ein gutes Stück Weges bergaufwärts. Nach der Besichtigung der großen Schottischen Glashütte in Jena ist man auf diese Glasbläserei hier

oben im Gebirge etwas gespannt. Auf dem Wege kommen wir mit einem Heimarbeiter ins Gespräch. Er zeigt uns seine Erzeugnisse, meistens Christbaumzweige, und klagt uns seine Not. Schon immer wurde die Heimarbeit im Verhältnis zur Fabrikarbeit schlecht bezahlt. In den großen Bläsereien wird das Glasmaterial für die chemische Industrie usw. hergestellt, während sich der Heimarbeiter auf kleinere Gegenstände wie Spielzeug usw. beschränken muß. Und wer kauft heute Spielzeug und Christbaumzweige?

So kommen wir in die Bläserei. Ein mächtig hoher Raum und entsetzliche Hitze empfangt uns. Sämtliche Männer arbeiten mit entblößtem Oberkörper. Wir gehen von Ofen zu Ofen, in deren Nähe die Luft fast unerträglich wird. Diese hohen Temperaturen sind nötig, damit die flüssige Glasmasse geschmeidig bleibt. Hier werden lange Röhren für physikalische Zwecke hergestellt. Ein Arbeiter nimmt zunächst die Flüssigkeit aus ihrem Behälter und befördert sie auf das Blasrohr. Schon springt ein zweiter Arbeiter hinzu und erfaßt mit seinem Blasrohr ebenfalls die Glasmasse. Beide Arbeiter eilen, damit die Masse nicht vor der Formung frühzeitig erkalte, schnell in einen langgestreckten Gang. Während der eine stehen bleibt, läuft der andere den Gang entlang, und so wird die Masse auseinandergezogen. Durch Schwenten und Blasen entsteht nun das Glasrohr.

Die Arbeit ist anstrengend und gesundheitschädigend. Vor allen Dingen wird die Lunge durch das Blasen stark in Mitleidenschaft gezogen. Es wird im Afford gearbeitet. Der Bruttolohn steigt selten über 45 Mark.

Wir müssen bald wieder ins Freie. Die Temperatur ist für uns nicht länger zu ertragen. Draußen rieselt noch immer der feine Regen herab; aber wir fühlen uns trotzdem sicher und geborgen.

Die ersten Spuren des Elfenbeins und seiner Verwendung lassen sich bereits in der Steinzeit nachweisen. Man hat wenigstens Steinzeitwerkzeuge mit Nadeln aus Elfenbein gefunden, ferner Rammstößzähne, auf die mit spitzen Steinen Zeichnungen eingeschnitten waren. Die ältesten Gebrauchsgegenstände aus Elfenbein, und zwar Nadeln, kleine Figuren, Toilettengegenstände, Büchsen und Dosen, fand man in den Pyramidengräbern, deren Alter mit absoluter Sicherheit auf 1100 vor Christi Geburt zurückzuführen ist. Auch in der Bibel wird das Elfenbein erwähnt, insbesondere im 1. Buche der Könige, wo von dem „elfenbeinernen Thron“ berichtet wird, den sich König Salomo anfertigen ließ. Wahrscheinlich sind die in den Pyramidengräbern gefundenen Figuren aus Elfenbein Götterbilder. Auch andere Völker als die Ägypter fertigten aus dem kostbaren Material Bilder ihrer Götter an.

Die höchste Lebensdauer einer Palme beträgt 200 Jahre.



der Debatte hat gezeigt, daß die Nationalsozialisten alles, was sie außenpolitisch gefordert haben, verraten. Vor einem Jahr haben sie hier beantragt die Aufhebung des Versailler Friedens, die Einstellung der Youngzahlungen und ein Ultimatum an Frankreich wegen Verzicht auf die Reparationsleistungen. In der Erklärung Fried's ist kein Wort von diesen Forderungen enthalten. Jetzt gehen sie aus dem Parlament hinaus, weil sie sich vor jeder verantwortlichen Abstimmung über Fragen der Außenpolitik feige vor dem gesamten Volk drücken. Hitler hat eine Erklärung aus dem Brauns Hof an Vertreter der ausländischen Presse verfaßt, die der vollständige Nachweis dafür ist, daß die Nationalsozialisten, einmal zur Macht gekommen, sofort kriechen werden vor den ausländischen Kapitalisten, denn ihr ganzer Kampf gilt der Vernichtung der Rechte der deutschen Arbeiter. (Stürmische Zustimmung links.)

Der Auszug der Nationalsozialisten erfolgt ferner, weil sie unter dem Befehl ihrer Geldgeber nicht wagen dürfen, hier im Reichstag für die Aufrechterhaltung des Tarifrechts zu stimmen, für unseren Antrag, der die Reichsregierung auffordert, alle Pläne abzuweisen, die auf die Zerstückelung des Tarifrechts hinauslaufen.

(Wärmende Zwischenrufe der Kommunisten.) — Ihr habt in Rußland die Böhmische Schmelze abgebaut als der reaktionärste Unternehmer in Deutschland — für diesen Antrag dürfen die Nationalsozialisten nicht stimmen, ebensowenig für den weiteren sozialdemokratischen Antrag, der eine Neuregelung der Fürstenabfindungen unter Berücksichtigung der allgemeinen Notlage fordert. Auch die nationalsozialistischen Wähler sind empört über die Art der Fürstenabfindung, über die Gerichtsurteile, die im Interesse der Fürsten gefällt worden sind. Aber wie kann eine Partei öffentlich zu dieser Frage Stellung nehmen, deren Führer ja nur eine elende Marionette ist in der Hand der abgedankten Fürsten und Landesherren. (Lebhafte Zustimmung links.)

Wir stellen diese Flucht der Nationalsozialisten vor der Verantwortung fest. Wir scheuen uns vor diesen Herren nicht. Wir führen den Kampf mit den Nationalsozialisten ebenso im Parlament wie draußen. Darum sage ich: Diese Flucht der Nationalsozialisten nach der Niederlage der Harzburger Front beantwortet wir mit der Losung: Nieder mit dem Faschismus, vorwärts für ein Deutschland der Demokratie!

(Lebhafte Beifall der Soz. — Wärmende Zurufe der Komm.)

Präsident Löbe: Da in dieser Debatte die beteiligten Parteien gesprochen haben, schließe ich sie, denn sie kann nicht endlos fortgehen.

Abg. Torgler (Komm.): Nach dem Auszug der Faschisten ist nun eine Mehrheit vorhanden für die Annahme einer ganzen Reihe von Anträgen, die nach vorliegen. Hoffentlich wird nicht durch eine Vertagung des Reichstages auf den St. Nimmerleinstag wieder die Möglichkeit zur Ausübung dieser Mehrheit beseitigt.

Nach Ablehnung einiger weiterer kommunistischer Anträge in gewöhnlicher Abstimmung tritt eine einstündige Pause bis 20 1/2 Uhr ein. Um 20 Uhr tritt der Kellertag zusammen, um über den Log der nächsten Vollversammlung zu beschließen.

Zwanzig Minuten nach 20 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Zunächst werden verschiedene sozialpolitische und wirtschaftliche Anträge Ausschüssen überwiesen, darunter auch zahlreiche sozialdemokratische und kommunistische Anträge, wobei die Kommunisten in einigen Fällen sofortige Abstimmung fordern und die Überweisung an Ausschüsse als Verzögerung bezeichnen.

Der kommunistische Entschuldigungsantrag, den Betrag für die Panzerschiffneubauten für Kinderpeinungen zu verwenden, wird mit 208 Stimmen der Sozialdemokraten, SPd, und Kommunisten gegen 191 Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf betreffend die Fürstenabfindung wird ohne Ausschussberatung in erster Lesung angenommen.

Der sofortigen zweiten Lesung widerspricht Abg. Graf Westarp (Volkst.) und hat damit Erfolg, da die zweite Lesung nicht auf der Tagesordnung steht.

Abg. Graf Westarp (Volkst.) widerspricht auch der zweiten Lesung eines kommunistischen Gesetzentwurfes auf Offenlegung der Steuerlisten. Darauf wird Überweisung an den Haushaltsausschuß beschlossen, wie übrigens auch für viele Anträge.

Angenommen wird der sozialdemokratische Antrag auf Winter- und Naturhilfe für alle Unterstützungsempfänger.

Zwischendurch gibt es Erörterungen darüber, ob Entschuldigungen, die Berechtigung von Mitteln fordern, nicht unter die neue Geschäftsordnungsbestimmung fallen, wodurch Beschlüsse auf Mehr- ausgaben erschwert sind. Dabei wird auch, wie Präsident Löbe als Ansicht der Juristen mitteilt, festgestellt, daß der Reichstag der Regierung nicht Aufträge erteilen dürfe.

Der kommunistische Antrag, die Harzburger Führer zu verhaften, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Die sozialdemokratischen Änderungsanträge zu den Rotverordnungen gehen an den Haushaltsausschuß.

Der sozialdemokratische Antrag, die Regierung aufzufordern, alle Angriffe auf das Tarifrecht abzuweisen, wird in namentlicher Abstimmung mit 319 gegen 80 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Desgleichen der sozialdemokratische Antrag auf Einbringung eines Gesetzes über die Besteuerung der Auswanderer.

Dann wird eine lange Reihe Anträge zugunsten der Beamten und der Wäzler erledigt. Der Einspruch des Reichsrates gegen den Reichstagsbeschuß betr. Gefrierfleisch-einfuhr geht an den Haushaltsausschuß, nachdem der Kommunist Torgler sofortige Zurückweisung dieses Einspruches gefordert hatte, damit nicht wieder ein halbes Jahr verlor werde.

Um 22 Uhr wird ein Bericht des Wohnungsausschusses über den Mieterstreik in Verhandlung gezogen. Berichterstatter Eplinski (Soz.) schlägt vor, die Regierung zu ersuchen, eine Änderung der Mietengesetzgebung zu unterlassen, bis das soziale Mietrecht gesichert ist. Die Regierung scheint tatsächlich eine solche Änderung durch Rotverordnung zu beabsichtigen.

Der Antrag des Wohnungsausschusses wird angenommen.

Die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Dr. Emil (Sp.) und eines selbst beantragten Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Dr. Baade (Soz.) wird auf Wunsch dieser beiden Abgeordneten erteilt.

### Präsident Löbe:

Wir stehen vor einer längeren Vertagung (Zuruf der Komm.: Bis 1940!), die Regierung hat gebeten, daß wir uns bis in den Februar vertagen, unter anderem wegen wichtiger Verhandlungen mit dem Stillehaltenskonkordat.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt, die nächste Sitzung am Dienstag abzuhalten.

Abg. Erling (Z.) beantragt, den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Sitzung einzuberufen, aber nicht vor dem 23. Februar.

Der Antrag Torgler wird abgelehnt, der Antrag Erling angenommen. Nach 22 1/2 Uhr ist die kurze Oktobertagung des Reichstages beendet.

Neuer österreichischer Finanzminister. Der Bundespräsident hat den Abgeordneten des Nationalrates Dr. Weidenhöffer, zum Finanzminister ernannt.

# Die Gewerkschaftsfront.



Was auch kommt, sie steht!

# Amerika am Ratstisch.

Aber nur im Hinblick auf den Kellogg-Pakt.

Genf, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Amerika nahm am Freitag zum ersten Male an den Verhandlungen des Rates zur Beilegung des Konflikts in der Mandchurie teil. Es ist durch seinen Generalkonsul in Genf, Gilbert, vertreten.

In der Freitagvormittags-Sitzung des Rates begrüßte Brian das Erscheinen Gilberts und bezeichnete es als ein

weltgeschichtliches Ereignis

von großer Tragweite. Gilbert verlas dann unter tiefster Stille des überfüllten Saales eine amerikanische Botschaft, wonach sich die amerikanische Regierung mit Maßnahmen, die der Rat auf Grund des Völkerbundsvertrages vorschlagen könne, nicht befassen werde. Aber der Kellogg-Pakt sei in der Meinung Amerikas ein Instrument zur Verpflichtung der ganzen Welt zur friedlichen Regelung von Konflikten. Die Verbindung zwischen Völkerbund und dem Kellogg-Pakt sei daher gegeben zur gemeinsamen Vermeidung des vorliegenden Falles. Die Mitglieder des Rates bewillkommene den darauf Amerika am Ratstisch. Nur der Vertreter Japans blieb stumm. Nach Gilberts Dank für den Empfang wurde die Sitzung vertagt.

Am Sonnabend beginnen die geheimen Verhandlungen unter Teilnahme des amerikanischen Vertreters über ein vorläufiges Kompromiß.

### Der Kompromißplan.

In maßgebenden Völkerbundkreisen besteht nach der Hinzuziehung der amerikanischen Regierung die Absicht, eine endgültige

Beilegung des japanisch-chinesischen Streitfalls in der Weise herbeizuführen, daß der Rat gemeinsam mit der japanischen Regierung feste Fristen für die Räumung der besetzten Gebiete in der Mandchurie festsetzt. Zur Durchführung der Räumung soll eine internationale Kommission ernannt werden, die jedoch lediglich die Aufgabe haben soll, den Schutz des Lebens und des Eigentums der japanischen Staatsangehörigen im Räumungsgebiet zu übernehmen. Eine Kontrolle über die Durchführung der Räumung durch die japanischen Truppen selbst soll jedoch unbedeutend vermindert werden. Man hofft, auf dieser Grundlage zu einem baldigen Abschluß des Streitfalls zu gelangen.

### Austritt Japans aus dem Völkerbund?

Tokio, 16. Oktober. (Reuter.)

Man spricht hier von der Möglichkeit des Austritts Japans aus dem Völkerbund; man ist stark enttäuscht durch den Beschluß des Völkerbundsrates, trotz der japanischen Bedenken, die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an der Behandlung der mandchurischen Angelegenheit einzuladen. Von maßgebender Seite wird erklärt, die Regierung habe eine derartige Maßnahme noch nicht erwogen, und es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der Völkerbund nach reiflicher Überlegung die Berechtigung des japanischen Standpunktes anerkennen werde. (?)

Nach dem Statut würde der Austritt Japans erst in zwei Jahren wirksam werden. Bis dahin hätte Japan allen Pflichten eines Völkerbundsmitgliedes nachzukommen.

## Die politische Debatte im Landtag.

Abstimmung über die Mißtrauensanträge am Mittwoch.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen großen politischen Aussprache im Landtag nahm ferner das Wort

Abg. von Detten (b. l. F.), der einleitend betont, daß er auf die Gründe seines Ausscheidens aus der Fraktion der Wirtschaftspartei, den er zusammen mit dem Abgeordneten Dr. Rhode vorgehen hat, nicht eingehen wolle. Jedenfalls hätte die Entwicklung ihnen beiden recht gegeben. Es käme alles darauf an, den Marxismus restlos zu beseitigen.

Abg. Stendel (D. Sp.): Die Teilnahme der Volkspartei am Volksentscheid sei gerechtfertigt gewesen.

Abg. Jall (Staatsp.) erklärt, daß die preussische Rotverordnung durch die Reichsverordnung veranlaßt sei. Jetzt könne es sich nur darum handeln, Härten abzuschwächen. Die Rot der Gemeinden werde vom Reich offenbar noch nicht in ihrer ganzen Größe erkannt.

Abg. Richhöfel (Dnat.) kritisiert noch einmal die Sparmaßnahmen auf dem Schulgebiet. Die evangelischen Schulen seien zugunsten der katholischen und jüdischen benachteiligt worden. (Zuruf des Abg. Dr. Ausländer (Komm.): Schäbiger Judenheger! Ordnungsruf!)

Abg. Müller-Hessen (Komm.) beschwert sich über die Heße, die von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten gegen die Kommunisten getrieben werde. Die Rede Sennerings sei eine Entlastungs-offensive für den Blutterror der Faschisten gewesen. Am Tage der Abrechnung werde das Proletariat nicht die Schmach des Systems Evening verpassen. (Die Kommunisten rufen dreimal Nieder! und bringen ein dreifaches „Rot Front“ aus.)

Abg. Dr. Graf von Posadowski-Wehner (Volkrechtsp.) fordert eingehende Untersuchung, um die Urheber der Inflation festzustellen.

Nach einer Rede des Abg. Hoffmann-Münster (Dnat.), der die Sparmaßnahmen an den Hochschulen kritisiert, wird die Aussprache geschlossen. Vor schwachbesetztem Hause beantragen die Oppositionsparteien, mit den Schlussworten erst am Dienstag zu beginnen. Das Haus beschließt dementsprechend.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. Tagesordnung: Schlußwort zur politischen Aussprache.

Die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge finden am Mittwoch statt. i

## Volkstheater.

Angengruber: „Das vierte Gebot.“

Großer Oesterreichischer Abend in der Volkstheater. Die Riese, die Werbezirt, Forster und Reizner, alles österreichische Angengruberpieler, die außerordentliches Interesse erwecken. M. H.

## Appell an Groener.

Gegen faschistische Mißwirtschaft in Braunschweig.

Die Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Braunschweig, und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in Braunschweig sandten am Freitagabend folgendes Telegramm an den Reichsinnenminister:

„In Braunschweig sind alle öffentlichen Aufzüge republikanischer Organisationen verboten. Braunschweigische Regierung hat jedoch für Sonnabend und Sonntag Aufmarsch von 30 000 SA-Mannschaften gestattet. Polizei läßt bewaffnete Hitler-Leute gewähren. Vom braunschweigischen Innenminister kann Schutz der friedlichen Bevölkerung nicht erwartet werden. Erbitten sofortiges Eingreifen.“

Die Nazis im Reichstag haben den neuen Reichsinnenminister Groener loben, gemeinsam mit den Kommunisten, ihr schärfstes Mißtrauen ausgesprochen. Herr Groener hat in Braunschweig Gelegenheit zu zeigen, ob dieses Mißtrauen berechtigt ist.

## Fünftagewoche in der Tschechoslowakei.

Von der Regierung beantragt: Und bei uns?

Prag, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Die tschechische Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgelegt. Der Entwurf sieht die Einführung der Fünftagewoche ohne Kürzung der Löhne bzw. Gehälter vor. An Stelle der bisherigen 48-Stunden-Woche tritt eine 40stündige Arbeitswoche. Auch in den Betrieben, in denen noch 6 Tage gearbeitet wird, darf die Arbeitswoche nicht mehr als 40 Stunden betragen.

Bekanntlich ist die tschechoslowakische Regierung eine Koalitionsregierung, in der die tschechischen und die deutschen Sozialdemokraten mitwirken.

Der Jagdunfall. Zu der Notiz: „Keme in der Hitler-Partei, Anschlag auf den Verlagsdirektor des „Völkischen Beobachters“, in Nr. 462 des „Vorwärts“, schreibt uns der genannte Verlagsdirektor Amann aus München, es sei unrichtig, daß auf ihn ein planmäßiger Anschlag verübt wurde und daß er durch Schüsse aus dem Hinterhalt verletzt wurde. In Wirklichkeit habe er einen Jagdunfall erlitten. Unrichtig sei auch, daß er zu Hitler in schärfstem Gegensatz stehe, vielmehr stehe er zu diesem in einem kameradschaftlich-freundschaftlichen Verhältnis.“



# Der Weg ins Nichts.

## Die Lohnpolitik der deutschen Textilindustriellen.

Ludwigshafen, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Schlichtungsausschuss Ludwigshafen fällt heute einen einstimmigen Schiedspruch, wonach der bisherige Lohnsatz für die pfälzische Textilindustrie unverändert bis 31. Dezember 1931 verlängert wird.

Das ist nunmehr der dritte Schiedspruch in der Serie der Lohnkonflikte in der Textilindustrie. Wie die beiden vorhergehenden Schiedsprüche, wovon der für die Pausen- und Tuchindustrie am Montag vor dem Schlichter für Berlin-Brandenburg zur Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung steht, sind auch für die Pfalz sowohl die Anträge der Unternehmer auf Lohnabbau, wie die der Arbeiter auf Wiederherstellung der Löhne vor dem letzten Lohnabbau abgelehnt worden.

Die Unternehmer sind schematisch im ganzen Reich mit den Kündigungen der Lohnsätze vorgegangen. Abgesehen von den Textilbezirken Nord- und Südbayern sowie dem schlesischen Textilbezirk sind jetzt überall die Löhne gestiegen.

Von diesen Kündigungen werden rund 600 000 Arbeitskräfte betroffen.

Der Höchststand der Belegschaftsstärke lag bei etwa 950 000; sie ist auf rund 700 000 zurückgegangen. Auf Schlesien, Nord- und Südbayern entfallen in der Textilindustrie etwa rund 100 000 Arbeitskräfte.

In der kommenden Woche beginnen die Verhandlungen für die große Textilindustrie in Sachsen, und zwar am Dienstag in Chemnitz für Westsachsen und am Donnerstag in Dresden für Ostsachsen. Für Ost- und Westsachsen fordern die

Unternehmer den Abbau der Löhne um 12 und 11 1/2 Proz., obwohl dort die Löhne notorisch besonders niedrig sind. In den schlesischen Glanzwebereien sind sie sogar

noch niedriger als in Schleien.

was schon allerlei belegen will. Die Textilindustriellen haben mit diesen Glanzwebereien der Arbeiter Schindluder getrieben. Sie haben die riesigen Uebergewinne, die ihnen diese von den staatlichen Schlichtungsinstanzen festgesetzten Glanzlöhne mühelos in den Schoß warfen, in halsbrecherischen Spekulationen und in eine Fehlrationalisierung verschwendet, die ungeheure Kapitalien zerstört haben, Hunderttausende zur Arbeitslosigkeit verurteilten und die noch Arbeitenden bei niedrigsten Löhnen zu einer mörderisch intensiven Arbeit zwingt. Die Zusammenbrüche riesiger Konzerne, wie die von Nordwolle und Blumenstein, mit ihren katastrophalen Auswirkungen für die gesamte deutsche Wirtschaft haben

die verheerenden Folgen der bisherigen Lohnpolitik

mit erschreckender Deutlichkeit aufgezeigt. Im Arbeitgeberverband der Textilindustrie hat man aber immer noch nicht umgelernt. Obwohl gerade in der Textilindustrie trotz der unfähigen Wirtschaftsführung der Beschäftigungsgrad sich zu bessern beginnt — die Kurzarbeit geht zurück und die Vollarbeit nimmt zu —, wird immer wieder der Abbau der Löhne verlangt. Selbst die bisher leider gegenüber Unternehmerforderungen so nachgiebigen Schlichtungsinstanzen scheinen diesen Weg ins Nichts nicht mehr mitmachen zu wollen. Es ist auch höchste Zeit zur Umkehr. Sollen etwa die Löhne so weit gedrückt werden, daß die Arbeitenden ganz allgemein gezwungen werden, die Hilfe der Wohlfahrtspflege in Anspruch zu nehmen?

# Um die Bierzigstundenwoche.

## Verhandlungen im graphischen Gewerbe endgültig gescheitert.

Das Reichsarbeitsministerium hat am 14. Oktober mit den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen des graphischen Gewerbes nochmals über die Einführung der Bierzigstundenwoche verhandelt. Auch diese Verhandlungen verliefen, wie bisher alle Besprechungen und Verhandlungen im graphischen Gewerbe und mit den übrigen Spitzverbänden der Industrie ergebnislos.

Als Verhandlungsgrundlage dienten die Durchführungsbestimmungen zur Rotverordnung vom 5. Juni d. J. Danach kann mit Zustimmung des Reichsrates für einzelne Gewerbe, Gewerbezweige, Verwaltungen oder Gruppen von Arbeitern, die nach der Fassung der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 vorgesehene Arbeitszeit durch eine Verordnung der Reichsregierung auf 40 Stunden wöchentlich herabgesetzt und die Zulässigkeit von Mehrarbeit von der Genehmigung der zuständigen Gewerbeaufsichtsbehörde abhängig gemacht werden. Diese Ermächtigung der Reichsregierung erstreckt sich aber nur auf Betriebe, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter oder Angestellte beschäftigt werden. Die Durchführungsbestimmungen sehen weiter vor, daß der Unternehmer berechtigt ist, im Verhältnis zur Verkürzung der Arbeitszeit auch die Löhne oder Gehälter herabzusetzen. An diese Bestimmungen hält sich auch der Referentenentwurf, der im Reichsarbeitsministerium zur Frage der Arbeitszeitverkürzung ausgearbeitet worden ist.

Die Organisationen der graphischen Arbeiter hatten dem Reichsarbeitsministerium einen Gegenentwurf unterbreitet, der darauf abzielt, den besonderen Verhältnissen im graphischen Gewerbe bei der Arbeitszeitverkürzung Rechnung zu tragen. Von den Gewerkschaften wird vor allem gefordert, entgegen den Bestimmungen der Rotverordnung vom 5. Juni und deren Durchführungsbestimmungen, die Bierzigstundenwoche auch in den Betrieben einzuführen, in denen weniger als zehn Arbeiter oder Angestellte beschäftigt sind, da etwa ein Drittel aller graphischen Betriebe in Deutschland solche Kleinbetriebe sind. Hinsichtlich der Einführung der Bierzigstundenwoche verlangten die Gewerkschaften,

daß die Unternehmer verpflichtet werden, entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit auch neue Arbeitskräfte einzustellen. Sie forderten weiter, daß der ausfallende Arbeitslohn zu 40 Proz. von den Unternehmern und zu 60 Proz. von den Arbeitern getragen werden soll.

Obwohl zur Zeit etwa 31 Proz. der Buchdrucker erwerbslos sind und rund 15 Proz. verkürzt arbeiten, wandten sich die Unternehmer ganz entschieden gegen jede Verpflichtung zur Neueinstellung von Arbeitskräften und gegen jeden Lohnausgleich. Sie lehnten auch das kleinste materielle Opfer in der Frage des Lohnausgleiches ab.

Ihr Hinweis, daß heute noch in den Betrieben des Vertriebsgewerbes zu viel Arbeitskräfte seien, wurde von den Gewerkschaftsvertretern mit der Tatsache widerlegt, daß heute die Unternehmer in der Ueberstundenbewilligung schon wieder viel anspruchsvoller geworden sind. Alle halbwegs entbehrlichen Arbeitskräfte sind aus den Betrieben entfallen, so daß bei dem geringsten Arbeitsanfall Ueberstunden verlangt werden.

Sowohl die Vertreter des Buchdruckgewerbes als auch die aus dem Steindruck, Schriftgießerei, Chemigraphie- und Buchbindergerber veranschlagt hinter der Frage des Einstellungszwanges und Lohnausgleiches, um eine „Begründung“ für ihre grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der Verkürzung der Arbeitszeit zu haben. Uebereinstimmung, allerdings aus entgegengelegten Gründen, herrschte bei beiden Parteien am Schluß der Besprechungen lediglich darüber, daß der vorliegende Referentenentwurf in keiner Weise seinen Zweck erreichen kann.

Der Buchdruckerverband richtet in seinem Verbandsorgan an den Reichsarbeitsminister den Appell, falls er wirklich etwas Positives zur Entlastung des Arbeitsmarktes im Vertriebsgewerbe und damit zur Entlastung der Arbeitslosenversicherung tun will, an den Abänderungsvorschlägen der Gewerkschaften nicht achtlos vorüber zu gehen. Auf jeden Fall muß der Reichsarbeitsminister jetzt handeln.

# In Bereitschaft sein ist alles!

## Die Einheitsfront der Gewerkschaften bleibt.

Wohl ist der erste Sturmangriff der Harzburger mißlungen, aber die Gefahr für die Grundrechte der Arbeiterschaft ist keineswegs überwunden. Die Einheitsfront der Dingeldey, Hugenberg, Hitler und Selbte, um mit Hilfe der SPD, den Faschismus zur Herrschaft zu bringen, bleibt bestehen. Somit ist auch noch nicht gebannt die Gefahr für das Tarifrecht, für die Existenzgrundlage, für den Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft. Solange große Teile der Arbeiterschaft hinter den Nationalsozialisten herlaufen, die mit der schärfsten Sozialreaktion gemeinsame Sache machen; solange Hunderttausende und Millionen von — mit Recht — unzufriedenen und verbitterten Arbeitern für die SPD stimmen, die rücksichtslos alle Feinde der Demokratie und der Republik unterstützt, solange besteht höchste Gefahr. Mit Recht schreibt deshalb der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften unter anderem:

„Das geschlossene Auftreten der Gewerkschaften hat seine Wirkung nicht verfehlt. Die Harzburger Stürmer sind unsicher geworden. Viele von ihnen stockten plötzlich, als die Gewerkschaften verstärkt in ihr Blickfeld traten. Sie sind nervös geworden, sie ahnen, daß die Macht der Arbeitnehmer jede politische Taktik, auch die ihre, jäh durchkreuzen kann. Die bisher im Reichstag gehaltenen Reden der Vertreter der Deutschen nationalen und der Deutschen Volkspartei ließen erneut deutlich erkennen, daß der Kampf der sogenannten nationalen Opposition sich in erster Linie gegen die lebenswichtigen Interessen der Arbeitnehmer richtet. Die Vertreter der Nationalsozialisten waren vorsichtiger, aber wahrscheinlich auch nur deshalb, weil sie mit Rücksicht auf ihre Anhänger unter den Arbeitnehmern vorsichtiger sein müssen. Aber das offen zur Schau getragene sozialreaktionäre Gesicht der beiden genannten Parteien beschattet auch das Ansehen der Nationalsozialisten stärkstens, denn mit dieser reaktionären Gesellschaft haben sie eine Front gebildet...“

Es gibt Leute im Lager der Reaktionäre, die den ängstlich gewordenen Bestimmungsgenossen einreden versuchen, die Macht der Gewerkschaften sei heute nicht mehr so groß, ihr Einfluß sei stärkstens geschwunden, auch seien ihre Finanzverhältnisse nicht so günstig. Es ist nicht das erstmal, daß derartige Rechnungen sich hinterher als grobe Fehlleistungen erwiesen. So wird es auch in diesem Fall sein. Noch hoffen wir, daß es nicht so weit kommt, daß die gewerkschaftliche Macht mit allem Nachdruck eingeseht werden muß. Wird sie aber eingeseht, dann werden ihre Gegner ihr blaues Wunder erleben.

Unser Eindruck ist der, daß die Regierung, abgesehen von den Maßnahmen, die durch die woken, oft recht grausamen wirtschaftlichen Verhältnisse diktiert wurden, mehr als notwendig vor der Revolverpistole der Schornsteinindustriellen und Großagrarier zurückgewichen ist. Es muß deshalb auch der gegenwärtigen Regierung mit allem Nachdruck offenbar werden, daß die Gewerkschaften keine Reigung haben, über das wirtschaftlich zwingende notwendig, Maß hinaus die Arbeitnehmer zu belasten. Mit dem Bekenntnis der christlich-nationalen Arbeitnehmer zur Volksgemeinschaft ist nicht die Verpflichtung verknüpft, sich von Leuten Riemern aus der Haut schneiden zu lassen, die forgesetzt wider den Geist der Volksgemeinschaft sündigen.

Dazu können wir erklären, daß innerhalb der Spitzorganisationen der freien Gewerkschaften Uebereinstimmung besteht mit den anderen Gewerkschaftsrichtungen in der Beurteilung der Lage. Wenn der „Deutsche“ seinen Artikel überschreibt: „Rüstet auf jeden Fall!“ — so hat er der Auffassung sämtlicher gewerkschaftlicher Spitzorganisationen treffend Ausdruck gegeben.

# Tarifrecht und Rotverordnung.

## Die Behördenangestellten minderen Rechts.

Wie uns vom Zentralverband der Angestellten mitgeteilt wird, bringt die Aenderung der Rotverordnung vom 5. Juni hinsichtlich der Angestellten der öffentlichen Verwaltung zwar eine Klarstellung, aber keine Aufhebung der bisherigen Eingriffe in das Tarifrecht, ebensowenig wie sie weitere Eingriffe verhindert.

Der Absatz 4 des § 7 Kapitel I des II. Teiles schreibt u. a. für die Angestellten, deren Bezüge bei Ländern, Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften tarifvertraglich geregelt sind, vor, daß ihre Bezüge auf das Maß der Reichsangeestellten herabgedrückt werden müssen. Die Rotverordnung vom 7. Oktober erweitert sogar den Eingriff in das Tarifrecht dadurch, daß die öffentlich-rechtlichen Körperschaften nunmehr überhaupt erst unter diese Bestimmung gebracht werden, während sie in der Verordnung vom 5. Juni 1931 fehlten. Die unterschiedliche Regelung der Tarifverträge in Ländern und Gemeinden ist sachlich bisher durchaus gerechtfertigt gewesen.

Es könnte der Einwand erhoben werden, daß ja die Gehälter der Reichsangeestellten tariflich vereinbart seien und daß demzufolge eine Herabdrückung auf ein bereits bestehendes Tarifniveau keinen wesentlichen Eingriff in das Tarifrecht bedeute. Demgegenüber muß ausdrücklich festgestellt werden, daß auch in das Tarifrecht der Reichsangeestellten bisher schon eingegriffen wurde und weiter eingegriffen wird. Die neue Rotverordnung bestimmt u. a. wiederum, daß die Kürzung der Bezüge der außerplanmäßigen Beamten (Diätäre) „entsprechend“ auf die Angestellten im Dienst des Reiches einschließlic der Reichspost angewandt werden müsse und daß, soweit bei den Landesbeamten ähnliche Kürzungen der Diäten erfolgen, dies zwingend auch für die Angestellten gelten muß.

Von einer Befreiung der Eingriffe in das Tarifrecht kann also nicht die Rede sein. Was sich hier das Reich erlaubt, ermuntert naturgemäß alle übrigen Unternehmer, die gleiche Befreiung der tarifrechtlichen Grundlagen auch für ihre Angestellten und Arbeiter zu fordern.

# Gastwirtsgehilfen fordern Fünftagewoche.

## Der bisherige Tarifvertrag ist noch in Kraft.

In der Funktionärerversammlung der Hotel-, Restaurant- und Cafésangestellten am Montag im „Hofischen Hof“ teilte der Berliner Vorsitzende, Genosse Schneider, einleitend mit, daß die angeführten Verhandlungen wegen Neuausschlusses des am 2. Oktober abgelaufenen Lohnsatzes in letzter Stunde abgefragt wurden und daß die Arbeitgeber durch ihren Syndikus angewiesen worden seien, die geltenden Arbeitsbedingungen nicht zu kündigen, so daß also die Bestimmungen des bisherigen Lohnsatzes bis auf weiteres in Kraft bleiben.

Der Bericht über die Bezirkskonferenz in Stettin ergab, daß sich die Zahl der Zweigvereine im Bezirk Brandenburg, Ostmark, Mecklenburg und Pommern von 10 auf 20 erhöht hat, daß aber infolge der immer noch recht großen Fluktuation die Mitgliederzahl nicht dementsprechend zugenommen hat. Mehr noch als bisher müsse auf die Gewinnung und Erhaltung der jugendlichen und weiblichen Mitglieder geachtet werden.

Bei der Tarifbewegung in Berlin sowohl als auch im Bezirk soll unter allen Umständen versucht werden, die Bierzigstundenwoche auch für das Gastwirtsgewerbe zu erreichen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß es dadurch gelingt, einen Teil der Arbeitslosen wieder in die Betriebe zu bringen; denn selbst in der Hochsaison, den letzten Sommermonaten, blieben noch 25 Proz. der gastwirtschaftlichen Angestellten arbeitslos.

Durch die bisher in diesem Jahre durchgeführten 70 Bewegungen war es möglich, die Lohnkürzungen auf 6 bis 7 Proz. im Durchschnitt zu beschränken, während sich die Forderungen der Unternehmer auf 25 bis 30 Proz. und noch darüber hinaus beliefen. Gegen eine zweite Lohnabbauwelle wird sich der Verband mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen und unter Umständen auf einen Tarif verzichten, wenn derselbe nur dazu dienen soll, die Handhabe zur Verlängerung der Arbeitszeit zu bieten. Auch die strikte Durchführung des Achtstundentages im Gastwirtsgewerbe würde schon zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen.

Die letzte Bezirkskonferenz hat gezeigt, daß der früher oft zutage tretende Gegensatz zwischen Berlin und „Provinz“ jetzt glücklich überwunden ist.

# Die englische Arbeitslosenstatistik.

## Vom „Daily Herald“ angefochten.

London, 16. Oktober.

Das Arbeitsministerium gibt bekannt, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Großbritannien am 5. Oktober 2 791 520 betragen habe. Das bedeute eine Abnahme von 33 232 gegenüber der Vorwoche.

Der „Daily Herald“ bemerkt hierzu, daß die Abnahme der Erwerbslosenzahl um 33 232 leider nur in der Statistik stehe und nicht den Tatsachen entspreche. Als Erklärung für diese Behauptung führt das Blatt an, daß die Regierung Schritte getan habe, um die Erwerbslosen von den Unterstützungsstellen fernzuhalten. So seien in der vergangenen Woche die Zahlungen an viele Tausende von Personen eingestellt worden.

Die wöchentlichen Ausweise des englischen Arbeitsministeriums seien daher keine zuverlässige Quelle mehr. Die Nachforschungen hätten ergeben, daß tatsächlich bei keiner der Schlüsselindustrien eine Besserung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen sei, außer im Kohlenbergbau, wo die geringe Besserung jedoch saisonmäßigen Charakter habe.

„Wirtschaftskrise und Verzelemerwahl.“ Die unter diesem Thema von der Liste freigewerkschaftlicher Ärzte einberufene Versammlung findet nicht im Ärztehaus, sondern im Feurich-Saal, Lützowstr. 76 (Tel. Kurfürst Bl. 6159) am Montag, dem 19. Oktober, abends 20 1/2 Uhr, statt.

# Kursbeginn der Berliner Gewerkschaftsschule.

Am Samstagabend, dem 17. Oktober, beginnt folgender Kursus: C. II: Jugendkursus für FPA- und FPA-Jugendfunktionäre im Buchdrucker-Erwerbsjahr, Engelauer 24-25, Aulgang C. 3 Treppen.

# Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Sonnabend, Mähdankfest: „Die Frau als Staatsbürgerin“ im Volkshaus Ralkberg. Treffzeit: Gruppe I um 17 Uhr. Gruppe II um 19 Uhr. Schillerstr. 109/110, Glaspuppel. Die Gruppe III trifft sich am Sonntag, dem 18. Oktober, 7 1/2 Uhr. — Die nächste Jugendbesprechung der Volkshäuser: „Kampf um Arbeit“ findet statt am Sonntag, dem 1. November, 15 Uhr, im Theater am Bülowplatz. Karten sind in der Jugendzentrale erhältlich. — II. Abend: „Rust in dieser Zeit“. Veranstalter: Sonderabteilung der Volkshäuser im Bürgerhof des Rathauses, Rühlstr. 10, findet am Sonntag, dem 18. Oktober, 20 Uhr, statt. Heinz Martin und Robert Gremmler (Jugendleiter) sprechen. Karte Rühl 10/11. „Rück“, der Händelsche Ringebach. Eintritt 40 Pf., Erwerbslose 20 Pf.

# Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Der Eingangszeit ab heute ab 19 1/2 Uhr im Jugendheim der Schule Eitauer Str. 18.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Ringelbier; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schilowski; Sozialer und Sanitärer: Rüd. Rühl; Anzeigen: Ed. Glaser; sämtlich in Berlin. Berlin: Formstraße-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 2, Bldg. 2. Bldg. 2.